Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Dienstag, 26. Juli 1921

Nummer 343 · Morgen-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verständigung zwischen London und Paris

Das Kompromiß

EE. Paris, 25. Juli.

Kurz vor Redaktionsschluß ist der „Intransigeant“ heute abend in der Lage, feststellen zu können, daß eine leichte Annäherung Frankreichs an England in der oberschlesischen Frage wahrzunehmen sei, ohne jedoch hierüber nähere Angaben zu machen. Gleichzeitig aber erklärt der „Temps“, daß die französische Regierung einer Einberufung des Obersten Rates auf den 4. August zustimme. Dies sei gestern dem französischen Botschafter in London eröffnet worden. Die französische Regierung besteht aber noch auf der Notwendigkeit einer vorherigen Entsendung von Truppenverstärkungen. Der „Temps“ schreibt, die französische Regierung dringe darauf, daß die alliierten Sachverständigen sobald wie möglich zusammentreten, um ihre Aufgabe vor der Sitzung des Obersten Rates vollständig lösen zu können. Auch der „Intransigeant“ erklärt, daß die Truppenverstärkungen noch in dieser Woche nach Oberschlesien abgehen würden und der Oberste Rat sich in der nächsten Woche versammeln könne.

Die englische Regierung ist, wie der „Temps“ meldet, bereit, sofort die Sachverständigen zu ernennen, wenn die Zusicherung gegeben werde, daß der Oberste Rat am 4. oder 5. August seine Sitzung beginnen könne. Dem gleichen Blatt zufolge ist in London das Gerücht verbreitet, daß Lloyd George in der nächsten Woche nach Paris kommen werde, um an Ort und Stelle die Möglichkeit einer Zusammenkunft des Obersten Rates zu prüfen.

Von Sir Harald Stuart traf ein neuer Bericht ein, der die Notwendigkeit einer sofortigen Entscheidung des Obersten Rates betont.

Zu dem auch von dem englischen im Einvernehmen mit dem italienischen Kommissar aufgestellten Plan, gewisse Distrikte sofort den Polen und den Deutschen zuzuweisen, nimmt auch der „Temps“ Stellung und meint, daß dadurch jedenfalls die Aussichten auf einen neuen Aufstand vermindert würden. Man müsse anerkennen, daß dieser Vorschlag gewisse Vorteile in sich schließe. Allerdings, sagt das Blatt, ist bereits früher der Botschafterkonferenz ein solcher Vorschlag unterbreitet worden, der jedoch keine Zustimmung fand. Doch lagen zu jener Zeit die Umstände anders, da gewisse Gebiete der Abstimmungszone nicht von den Polen, sondern vom deutschen Selbstschutz besetzt waren, während heute die Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien wiederhergestellt sei.

Dennoch habe dieser Plan einen militärischen und einen politischen Nachteil. Wenn die Deutschen Leobschütz und Rosenberg besetzten, könnten sie in diesen Gebieten irreguläre Truppen zusammenziehen und von Westen und Norden her das ganze Industriegebiet besetzen, indem sie die alliierten Streitkräfte dort leicht auseinanderjagen könnten. Allerdings könnte man hierzu erwidern, daß die preußischen Behörden, wenn sie die genannten Kreise verwalteten, die irregulären Streitkräfte hindern könnten, sich dort zu versammeln. Doch sei dies nur eine schwache Aussicht, besonders unter dem Ministerium Stegerwald. Man müsse aber sichere Garantie für das Leben der französischen Soldaten haben. Politisch hat der „Temps“ gegen diesen Plan das Bedenken, daß bei einer Zuweisung von Pleß und Rybnik an die Polen das übrige Oberschlesien fast durchaus deutsch würde. Der Oberste Rat könnte dann leicht eine Entscheidung zu ungunsten der Polen fällen, die ihnen gegenüber eine Ungerechtigkeit bedeuten würde.

Das Blatt erwähnt zum Schlusse noch die Tatsache, daß Sir Harald Stuart nach London kommen werde, um im Einvernehmen mit seiner Regierung das oberschlesische Problem einer Prüfung zu unterziehen.

Einberufung des Obersten Rates zum 4. August

Utd. Tel. Paris, 26. Juli.

Der Oberste Rat wird in zehn Tagen abgehalten werden. Wir erfahren im letzten Augenblick, daß das englische Auswärtige Amt aus Paris eine Depesche erhielt, worin gesagt wird, daß die englische Regierung gegen die Entsendung von französischen Verstärkungen nach Oberschlesien keinen Einspruch erheben dürfe, da Briand bereit sei, auf die Einberufung einer Sachverständigenkommission zu verzichten und die Konferenz des Obersten Rates im Laufe der nächsten Woche abzuhalten. Nach den Erkundigungen der Vertreters des United Telegraph stimmt die englische Regierung diesem Kompromiß zu, und sie wird in einer Note die Vorschläge der französischen Regierung annehmen.

Schießereien in Oberschlesien

Ratibor, 25. Juli.

W. T. B. meldet: In Dzierkowitz kam es heute nacht zwischen Deutschen und Polen zu lebhaften Schießereien. In Mirawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten, weil gemeldet wurde, daß Dzierkowitz mit bewaffneten Insurgenten besetzt sei. Die Gleise am Bahnhof wurden durch Waggons gesperrt. Erst nach anderhalbstündigem Aufenthalt konnte die Weiterfahrt erfolgen. Zwischen Mirawa und Dzierkowitz war die Strecke von stark bewaffneten Polen besetzt. Ungefähr 1 Kilometer von Dzierkowitz mußte der Zug abermals halten, da die Strecke und der Bahnhof in Dzierkowitz von Polen besetzt war. Die Strecke hinter Dzierkowitz bis Ratibor—Hammer ist ebenfalls von Polen besetzt worden. Polnische Ortswehr hatte heute nacht die deutsche Brückenwache bei Bukau (im südlichen Kreise Ratibor) unter heftiges Gewehrfeuer genommen. Diese polnische Ortswehr besteht aus 80 Mann, die gut ausgerüstet sind und unter anderem auch Maschinengewehre besitzen.

Was Deutschland bisher gezahlt hat

Brüssel, 25. Juli.

Auf die Anfrage, wieviel Deutschland bis jetzt gezahlt habe, und zwar für die ausländischen Missionen, die in Deutschland tätig sind, und für die Requisitionen für die belgischen und alliierten Truppen im Rheinland, antwortete Finanzminister Theunis, bis zum 1. Mai habe Deutschland für rund 4 Milliarden Rohmaterialien und Lebensmittel gekauft. Auf die freibleibenden 16 Milliarden habe Deutschland durch Sachlieferungen die Summe von 4 831 773 000 Goldmark entrichtet. Seit dem 1. Mai habe Deutschland 1 Milliarde Goldmark gezahlt. Die Kosten für das Besatzungsheer pro Mann und Tag seien im ersten Quartal 1921 gewesen für das amerikanische Heer 4 Dollar 32, für das britische Heer 13 Shilling 4 Pence, für das französische Heer 15 Francs 19 Centimes, für das belgische Heer 16 Francs 9 Centimes. Das letztere bedeute seit Ende 1918 eine Erhöhung um ungefähr 2 Francs. Die Besatzungskosten bis zum 1. Mai müßten von den Zahlungen abgerechnet werden. Deutschland habe ferner in Papiergeld 470 Millionen Goldmark gezahlt, sowie weitere Sachleistungen für die Armeen getätigt. Die Kosten für die Missionen, die in Deutschland tätig seien, seien bis jetzt noch nicht bekannt. Diese müßten außerhalb der Reparationskosten gezahlt werden.

Die Teilung der Beute

Paris, 25. Juli.

Die Reparationskommission wird sich am Sonntag und Freitag in zwei wichtigen Sitzungen unter anderem mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Abschätzung des Wertes der von Deutschland an die Alliierten ausgelieferten Handelsschiffe und endgültige Verteilung dieser Schiffe; 2. Auslegung einer Anzahl von Bestimmungen des Londoner Zahlungsstatuts; 3. Prüfung des Berichtes des Garantiekomitees über seine Verhandlungen mit der deutschen Regierung in Berlin.

Die türkische Gegenoffensive

Paris, 25. Juli.

Nach einer Havasmeldung aus Ismid setzen die Türken ihren siegreichen Angriff auf Biledschik, Jeni Schehir und Inhissar fort. Die türkischen Truppen sollen Afium-Karahissar und Tulu Bunar bereits besetzt haben. Nach einer weiteren Meldung aus Konstantinopel berichtet der Korrespondent des türkischen Blattes „Vakit“ auch die Einnahme von Uschak durch die Türken. Ferner soll, dem amtlichen Bericht von Angora zufolge, Fedhie Hamidie von den Türken genommen sein, die auf Inegöl vormarschieren.

Die Metallarbeiterwahlen

Eine große Mehrheit für die Amsterdamer Liste

Am Sonntag und Montag wurde in Berlin die Urabstimmung zu den Delegiertenwahlen für den im September in Jena stattfindenden Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorgenommen. Es wurden insgesamt 53 517 Stimmen abgegeben. Davon enthielten:

Liste A (Amsterdam) 30 523 Stimmen,
Liste B (Moskau) 22 994 Stimmen.

Die Liste A ist somit mit einem Vorsprung von etwa 7500 Stimmen gewählt.

Das Wahlresultat ist noch nicht endgültig, da bis Redaktionsschluß das Ergebnis aus dem Spandauer Bezirk noch nicht eingelaufen war. An dem Gesamtresultat der Wahlen wird sich jedoch nicht mehr viel ändern.

Nach dem bestehenden Wahlreglement kommt demnach von Groß-Berlin kein Anhänger der Moskauer Richtung als Delegierter zum Verbandstag in Jena. Die Wahlbeteiligung war im Vergleich mit den bisher im Metallarbeiterverband vorgenommenen Urabstimmungen die relativ stärkste. Der Vorsprung der Amsterdamer Richtung ist gegenüber der letzten Urabstimmung, die im Dezember vorigen Jahres bei der Neuwahl der Ortsverwaltung stattfand, weit größer geworden. Damals erhielt die Amsterdamer Liste 1339 Stimmen mehr als die Moskauer. Hieraus kann die Folgerung gezogen werden, daß der gesunde Sinn der Berliner Metallarbeiterschaft erkannt hat, welchen Weg die Gewerkschaften einschlagen müssen.

Karthago und Deutschland

Von Otto Lehmann-Rußbüldt

Helfferich hat sich durch sein rasch berühmt gewordenes Wort, daß die Entente uns viel schlimmer behandelt habe, als seinerzeit Karthago von Rom behandelt wurde, in bezug auf geschichtliche Vergleiche in den Ruf eines Klippschülers gebracht. Weiter wurde dadurch daran erinnert, daß Graf Reventlow, der größte Seeheld des 20. Jahrhunderts — auf dem Papier —, vier Jahre lang in einem Morgen- und in einem Abendartikel der „Deutschen Tageszeitung“ den Vergleich zwischen dem Weltkrieg und zwischen der Auseinandersetzung Rom—Karthago zog, seine Rechnung auch absolut richtig war, wohl aber ein falsches Vorzeichen hatte, denn nicht wir waren in der Lage Roms, sondern England war in dieser Lage. Reventlow hielt sich bei seinem Vergleich an den rein äußeren Umstand, daß England wie Karthago eine Handels- und Kolonialmacht war und Rom eine Festlandsmacht auf der Grundlage bäuerlicher Wirtschaft. Er hatte aber den entscheidenden Umstand verkannt, daß im ganzen in der angelsächsischen Politik gleichwie in Rom eine doch mehr demokratische Politik getrieben wurde, zu ersehen aus der Einkommenbesteuerung Englands und z. B. aus einem an sich geringfügigen Umstand, daß im englischen Parlament allwöchentlich die englischen Verlustziffern vom Ministerpräsidenten selbst öffentlich verkündet wurden, während in Deutschland vier Jahre lang niemals eine Zahl darüber öffentlich genannt werden durfte. Deutschland war während des Krieges gerade durch den Einfluß der Kreise des Herrn Helfferich zu einer plutokratischen Macht geworden, wie es Karthago war und woran auch Karthago zugrunde gegangen ist.

Schon wiederholt ist Helfferich überführt worden, daß von seinem Vergleich zwischen dem Schicksal Karthagos und dem Schicksal Deutschlands vorläufig keine Rede sein kann. Zum Beweis dafür, daß trotz der Härte des Versailler Friedens von einem Vergleich zwischen Karthagos Schicksal und Deutschlands Schicksal nicht gesprochen werden sollte, sei einmal erinnert an den Unterschied des Friedens von Frankfurt 1871 und des Friedens von Versailles 1919, soweit er die reine Kostenfrage betrifft.

Die französische Kriegsentschädigung 1871 mit Zinsen ergab rund 4450 Millionen Mark, die von Frankreich schon vor der vertragsmäßig festgesetzten Zeit bezahlt wurde, um die deutsche Besatzung früher loszuwerden. Der französische Staatsmann Thiers, seiner politischen Ueberzeugung nach ein Monarchist, der sich aber aus Vernunftsgründen ehrlich auf den Boden der Republik stellte, tat alles, um diese 4450 Millionen Mark vor der Zeit zu zahlen, weil er sich sagte, daß nichts so sehr die wirtschaftliche Neugeburt Frankreichs aufhielt, als die fremdländische Besatzung. Vor allem grub er dadurch den damaligen Urhebern des Krieges auf französischer Seite, dem Herzog Grammont und Olivier, das Wasser ab. Der Marschall Bazaine (einer der französischen Ludendorffe) wurde zum Tode verurteilt, wenn auch das Urteil nicht vollstreckt wurde.

Wie haben nun die Deutschen diese 4454 Millionen Kriegsentschädigung verwandt? Die unmittelbaren Kriegskosten selbst, verteilt auf den Norddeutschen Bund mit 108 Teilen, Bayern mit 14 Teilen, Württemberg und Baden mit je 4, und Hessen mit 2 Teilen, betrugen 1788 Millionen Mark, also nicht ganz die Hälfte der bezahlten Kriegsentschädigung.

Die größere Hälfte wurde verwandt: 1. für mittelbare Kriegskosten, d. h. Pensionen, Entschädigungen und Eisenbahnen mit rund 1000 Millionen Mark und 2. Kosten für neue Rüstungen 1170 Millionen M., 3. Kriegsgewinne der Bundesstaaten 480 Millionen Mark.

Die mittelbaren Kriegskosten verteilen sich auf Invalidenpensionen, Reichs-Invalidenfonds (561 Millionen), Entschädigung an deutsche Reedereien (16,8 Millionen), Unterstützungen an Angehörige der Wehrmacht (24,9 Millionen), Ersatz für Kriegsschäden (113,1 Millionen).

Besonders interessant ist aber der Posten unter 2. mit 1170 Millionen Mark für neue Rüstungen. Darunter fallen Festungen (216 Millionen), Festungen in Elsaß-Lothringen (120 Millionen), Reichskriegsschatz im Juliusturm (120 Millionen), Kriegsmarine (90 Millionen), Auffrischung des Heeres (321 Millionen). Unter diesen Posten fallen 150 Millionen für ein neues Gewehrmodell und für neue Artillerie, sogar 60 000 Mark zur Ergänzung der im Felde verlorengegangenen Militär-Gesangbücher, auf.

Hochpikant ist auch die Tatsache, daß aus dieser Kriegsentschädigung 36 Millionen Mark als Geschenke für hervorragende Verdienste an 28 Generale und den Präsidenten des Reichskanzleramtes bezahlt wurden, und ferner sogar 24 Millionen für die Erbauung des jetzigen deutschen Reichstagsgebäudes.

Die Begründung in den amtlich gedruckten Reichstagsakten der 4. Session 1873, der 1. Session 1874 und der 3. Session 1875/76, der wir alle diese Angaben entnehmen, sagt bezüglich der Kosten für neue Rüstungen: „Es erscheint unumgänglich, die Armee schleunigst wieder in kriegstüchtigen Zustand zu setzen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.“ In diesem Tone geht das noch eine ganze Seite weiter.

Man beachte, daß die eigentlichen Kriegskosten Deutschlands nicht einmal die Hälfte der von Frankreich gezahlten Kriegsentschädigung ausmachen und daß aus der größeren überschüssigen Hälfte die Kosten für neue Rüstungen gegen Frankreich bestritten wurden. Nach dem Versailler Frieden von 1919 haben wir keine Kriegskosten zu zahlen, wohl aber alle Schäden wiedergutzumachen, die die Zivilbevölkerung an ihrem Eigentum erlitten hat, außerdem die Renten von Kriegsbeschädigten usw. Wäre Frankreich 1871 nur diese Verpflichtung auferlegt worden, so hätte es statt der 4454 Millionen Mark nur rund 900 Millionen Mark zu zahlen brauchen.

Unsere Verpflichtung aus diesem Posten des Versailler Friedens bewegt sich zwischen 160 und 180 Milliarden Mark. Wenn man uns 1919 nach dem Muster des Frankfurter Friedens von 1871 die gesamten Kriegskosten und noch einiges darüber hätte auferlegen wollen, so wären uns noch ganz andere Ohnmachtsanfälle beim Anhören dieser Zahlen angekommen, als wir sie mit Recht hinnehmen mußten, als uns in Versailles 1919 die Suppe zum Auslöffeln vorgesetzt wurde, die uns die Firma Helfferich, Ludendorf u. Co. eingebrockt hatte. Denn wenn man die Schätzung Lloyd Georges für die eigentlichen Kriegskosten der Siegerstaaten auf 700 Milliarden Goldmark gelten läßt, wozu noch 170 Milliarden Nachkriegskosten kämen, so würden wir nach dem Maßstabe des Frankfurter Friedens von 1871 die Summe von 1392 Milliarden Goldmark zu zahlen haben.

Was nicht ist, kann noch werden. Wenn es der Firma Helfferich, Ludendorff u. Co. zu allen ihren Geniestreichen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und der Märzoffensive von 1918 noch gelingen sollte, die im Oktober 1918 versäumte nationale Verteidigung nachzuholen, so könnte es unter Umständen zu dem von Helfferich prophezeiten Schicksal Karthagos für uns kommen.

Die Orgesch ist tot — es lebe die Ages!

Die „Deutsche Tageszeitung" bringt in ihrer gestrigen Abendausgabe an versteckter Stelle folgende Notiz:

Eine „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten". Vor kurzem ist mit dem Sitze in Potsdam (Eisenhartstraße 15-16, Fernsprecher 281, Werbebureau Berlin W. 57, Großgörschenstraße 6, Stephan 2063) eine „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten" begründet worden. Treudeutsch gesinnte ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der alten und neuen Wehrmacht haben diese Vereinigung auf genossenschaftlicher Grundlage gebildet, eine Wirtschaftsgenossenschaft im wahren deutschen Sinne ohne parteipolitischen Hintergrund. Um die Ages (!!) in dieser Tätigkeit wirksam zu unterstützen, hat sich ihr der „Verband national gesinnter Soldaten E. V." korporativ als Genosse angeschlossen und arbeitet mit ihr Hand in Hand.

In der Eisenhartstraße 15-16 in Potsdam, dem Sitz der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten, befand sich bisher ein Werbebureau für die landfremden Banden, die in Oberschlesien ihr Unwesen trieben und jetzt in Mittelschlesien liegen, um neue Pläne gegen die Republik zu schmieden. Wenn in der Notiz der „Deutschen Tageszeitung" behauptet wird, die neue Vereinigung sei eine Wirtschaftsgenossenschaft „ohne parteipolitischen Hintergrund", so wird diese Behauptung schon durch den nächsten Satz widerlegt. Der „Verband national gesinnter Soldaten", der sich der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen hat, verfolgt hochpolitische Ziele. Selbst der Generaloberst von Heering sah sich letzthin veranlaßt, vor diesem Verband öffentlich zu warnen wegen seiner extrem gerichteten politischen Tendenzen.

Wir warnen die Regierung rechtzeitig vor dieser Neugründung. Sie ist nichts weiter als eine neue militärische Geheimorganisation, deren Zweck es ist, monarchistische Soldaten zusammenzuschließen, sie nach Waffengattungen listenmäßig einzuteilen, damit sie bei passender Gelegenheit mobilisiert und gegen die Republik ins Treffen geführt werden können.

Die Orgesch in Baden

Auch in Baden sind in der letzten Zeit wiederholt Waffenschiebungen und Waffenverstecke aufgedeckt worden. So beschlagnahmte die badische Gendarmerie im Februar nicht weniger als 1400 Infanteriegewehre, 9 Maschinengewehre und 20 000 Schuß Munition. Ferner wurden in Osterburken im Mai dieses Jahres einmal 300 und einmal 1000 Gewehre entdeckt. Letztere waren in einer Kapelle (!!) untergebracht. Gleichzeitig wurde ganz in der Nähe von Osterburken ein Versteck mit 50 Maschinengewehren und 1200 Infanteriegewehren aufgefunden.

In Verbindung mit diesen Waffenfunden wurde ein früherer Hauptmann Damm verhaftet. Gleichzeitig gelang es, eine Orgesch-Zentrale in Heidelberg aufzudecken. Hierdurch konnten alle von der Orgesch über ganz Baden geknüpften Fäden erkannt werden. Jedenfalls ist erwiesen, daß die Orgesch im ganzen Lande weit verzweigt ist.

Es ist offenbar, daß Staatsanwaltschaft und Gerichtsbehörden gegen Waffenschieber und Orgeschleute nicht nur nicht mit derselben Schnelligkeit vorgehen wie gegen Kommunisten, sondern daß sie die Schieber noch begünstigen. So ist der ursprünglich verhaftete Hauptmann Damm, der als die Seele dieser Orgesch-Treibereien erkannt war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die noch ausstehenden Verfahren selbst werden nur sehr schleppend behandelt.

Man erinnert sich, daß im vorigen November General Watter in Karlsruhe aufgetreten ist. Zweifellos sind damals die ersten Vorbereitungen für die jetzt in ganz Baden florierende Orgesch getroffen worden. Gegen Watter wurde ja auch damals ein Steckbrief erlassen, der aber, wie immer in solchen Fällen, nicht — erledigt wurde.

Die Hundertschaft Z.B.V.

Vom amtlichen Preußischen Pressedienst geht den B. P. N. folgende Mitteilung zu: Im Anschluß an den Fall Buchholz sind in der Presse umfangreiche Mitteilungen über Vorkommnisse bei der Hundertschaft Z. B. V. der Berliner Schutzpolizei veröffentlicht worden. Ein Teil dieser Mitteilungen hat dem Polizeipräsidenten von Berlin schon im November v. Js. Veranlassung zu eingehender Untersuchung gegeben. Soweit jetzt neue Tatsachen bekannt geworden sind, bilden sie den Gegenstand eines im Gang befindlichen amtlichen Untersuchungsverfahrens. Der mit dem Fall Buchholz befaßte Untersuchungsrichter am Landgericht III hat das gesamte über Hundertschaft Z. B. V. veröffentlichte Material in der Hand. Nach Abschluß dieses strafgerichtlichen Verfahrens wird der Polizeipräsident die Frage eines etwaigen Einschreitens im Dienstaufsichtswege prüfen.

Der Weg, der hier zur Untersuchung der aufsehenerregenden Vorgänge bei der Z. B. V. eingeschlagen wird, ist der Weg der Vertuschung. Die Untersuchung gegen die Hundertschaft geht schon seit November 1920, sie soll sogar, wie der preußische Pressedienst behauptet, sehr „eingehend" gewesen sein. Was ist dabei herausgekommen? In acht Monaten nichts. Und warum? Weil die Z. B. V. eine Hydra ist, die ihre Köpfe überall zu sitzen hat. Gegen diese staatsgefährliche Gesellschaft ist nur anzukommen, wenn sämtliche Häupter in Haft genommen werden. Denn es liegt Verdunklungsgefahr vor. Selbstverständlich dürften bei einem Strafverfahren nicht nur die Vergehen der letzten Monate Gegenstand der Untersuchung werden, sondern es müßte die ganze Tätigkeit dieser Gesellschaft seit ihrem Bestehen nachgeprüft werden. Manches politische Verbrechen könnte dann aufgeklärt werden.

Die Lügen-Union

Am Montag vormittag brachte die Telegraphen-Union eine Sensationsmeldung, wonach in Düsseldorf, Köln, Breslau, Brieg usw. Personen verhaftet sein sollen, die durch ihre Aussagen und infolge des beschlagnamten Materials zugaben, daß in den nächsten Monaten ein neuer Linksputsch geplant sei, und zwar mit französischer Unterstützung an Geld und Waffen. Der Herd der Organisation für diesen neuen Linksputsch befinde sich im besetzten Rheinland, wo die Vorbereitungen sehr eifrig betrieben würden.

Die ganze Meldung entpuppt sich sehr rasch als Schwindelnachricht. An zuständiger amtlicher Stelle erklärt man am Montag abend, wie die B. P. N. melden, daß in den genannten Städten keine im Zusammenhang mit linksgerichteten Putschbestrebungen stehende Verhaftungen vorgenommen worden sind. Die Nachricht erweist sich danach als ein sehr leichtfertiges Hitzeprodukt.

Die Telegraphen-Union hat ihre Lügenmeldung bisher noch nicht widerrufen. Es fragt sich nun, durch welche unsaubere Quelle dem Telegraphenbureau diese Nachricht übermittelt wurde. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß sie aus Orgeschkreisen stammt, die damit — wie immer — ihren eigenen Putsch verschleiern wollen.

Schwerer Dalles

Im „Berliner Tageblatt" beschäftigt sich Professor Gerland mit der deutschnationalen Hetze gegen Republik und Demokraten. Er versucht dabei, die Demokraten von dem Verdacht zu reinigen, sie seien nicht national genug. Dann bespricht er die Aussichten der monarchistischen Bewegung und macht auf die Widerstände aufmerksam, die sich einer Wiederherstellung der monarchistischen Staatsform entgegenstellen werden. Professor Gerland schreibt:

„Sollen alle Monarchien wieder hergestellt werden? Oder sollen einzelne Monarchien als die Nutznießer der Revolution die Erbschaft der verdrängten Monarchien antreten? Soll z. B. Thüringen als Ganzes beibehalten werden, oder soll es wieder in seine Bruchteile zerschlagen werden? Wie denkt man sich die Einrichtung eines übergeordneten Kaisertums oder eines Gesamtkaisertums? Glaubt man, daß Wittelsbach sich noch einmal unter Hohenzollern beugt, oder daß zur Abwechslung Hohenzollern der Vasall Wittelsbachs wird? Die Anhänger der monarchistischen Idee verkennen auf das evidenteste, daß die Wiedereinführung der Monarchie der deutschen Freiheit grundlegend im Wege steht, da sie unter allen Umständen den Zerfall des Deutschen Reiches bedeuten würde, nicht etwa, weil Teile des deutschen Volkes den Wiedereinführungsversuch mit dem Bürgerkrieg beantworten würden, sondern weil die dynastischen Interessen der einzelnen ehemals regierenden Häuser die Einheit des Reiches direkt in Frage stellen würden."

Das sind allerdings schlechte Aussichten, die der Herr Professor der Firma Wittelsbach, Hohenzollern u. Kompagnie eröffnet. Wir geben zu, daß diese Tatsache die Position der deutschen Monarchisten um vieles verschlechtert. Aber es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei ihnen um eine Klique von Hasardeuren handelt, die sich keine Sorgen darüber machen, von welchen Folgen ihr Tun begleitet sein wird. Deshalb wird sich das Proletariat nicht in Sicherheit wiegen lassen, es wird immer wachsam sein, um etwaige Angriffe der Monarchisten gebührend abweisen zu können.

Der Aushungerungsfeldzug

Was wir dutzendemal geschrieben und was vom Reichsernährungsministerium und den bürgerlichen Parteien ständig bestritten worden ist, das ist bereits jetzt in vollem Umfange eingetreten: die offene Sabotage der Agrarier gegen die Zwangswirtschaft wird fortgesetzt gegen das Umlageverfahren, so daß die Gefahr nahegerückt ist, daß die Brotgetreideversorgung der städtischen Bevölkerung, die auf den Ablieferungen der deutschen Landwirte beruhen soll, bereits in ganz kurzer Zeit zum Stocken kommen und die Bevölkerung gezwungen sein wird, das freie Brot zu den drei- und vierfach höheren Preisen zu kaufen.

Wie die brandenburgischen Agrarier und die rheinischen Landwirte, so hat jetzt auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen gegen die Höhe der Umlage protestiert und jede Verantwortung für die Ablieferung abgelehnt. Sie wurde dabei sogar, nach dem Bericht der „Magdeburgischen Zeitung", von den durch den neuen Stegerwald-Kurs „mutig" gemachten Vertretern der preußischen Regierung unterstützt, die ebenfalls die geforderte Umlage für die Provinz für zu hoch erklärten.

Daß diese unverantwortliche Stellungnahme amtlicher Körperschaften den lange angekündigten Widerstand der einzelnen Landwirte nur noch steigern wird, ist sonnenklar. So breitet sich der Widerstand gegen das Umlageverfahren schneller aus, als irgend jemand glauben konnte, und verschärft aufs stärkste die Gefahr, daß bereits zu Beginn des Erntejahres das plötzliche Hinaufschnellen der jetzigen Brotpreise um das Drei- und Vierfache die Folge des „Segens" sein wird, den die bürgerlichen Parteien den Massen beschert haben.

Auch der Reichslandbund fehlt selbstverständlich nicht, wenn es gilt, den Ablieferungsstreik zu organisieren. Er hat an die Reichsregierung und die preußische Regierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Mißernte. Daher Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. Bitten daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Lokalbesichtigung Umlage schleunigst nachzuprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen."

Willfährt die Regierung diesem Wunsch, so bleibt vom Umlagesystem auch nicht ein Fetzen übrig. Glorreiche Politik!

Nationalistische Schädlinge

Daß das Verhalten der deutschen Nationalisten in den besetzten Gebieten die Lage der dortigen Bevölkerung nur noch erschwert und ihre Interessen schädigt, ist an einer neuen Tatsache klar geworden. Jene Leute, die ihren politischen Gegnern die Pressefreiheit versagen, hatten sich auf das höchste entrüstet, daß angeblich die Befehlshaber der fremden Besatzungstruppen den rheinischen Pressevertretern die strengsten Unterdrückungsmaßnahmen angedroht haben, falls die Presse in gleicher Weise wie bisher gegen die Sanktionen hetze. Nun hat sich aber herausgestellt, daß diese Darstellung, die einigen volksparteilichen Abgeordneten Anlaß zu einer kleinen Anfrage im Reichstag gegeben hat, unrichtig ist. Nicht die Truppenführer, sondern der englische Delegierte der Rheinlandkommission Mr. Pigott hat die Vertreter der Kölner Presse zu sich gebeten und ihnen in äußerst korrekter und loyaler Form nahegelegt, sich von jeder Unrichtigkeit in bezug auf die Sanktionen zu hüten, da hierdurch der deutschen Sache mehr geschadet als genützt werde. Von irgendeiner Drohung war nicht die Rede, ja Herr Pigott gab wiederholt zu verstehen, daß ihm eine Unterdrückung der Pressefreiheit durchaus fernliege. Selbst das „Kölner Tageblatt" nimmt deshalb Stellung gegen die volksparteilichen Abgeordneten, deren Uebereifer für das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den englischen Besatzungstruppen äußerst unzuträglich sei.

Die Front gegen den Hunger

OE. Terioki, 25. Juli.

Die Sowjetpresse fordert zur Bildung einer „Front gegen den Hunger" auf und weist darauf hin, daß das Schicksal Sowjetrußlands von der Ernährungsfrage abhänge. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei es unmöglich, die Produktion zu heben: die Förderung von Heizmaterial sinkt, die Anfuhr von Naphtha stockt, die Fabriken werden stillgelegt. Die antisowjetistischen Kreise hätten ihre Hoffnung auf den Hunger und die für die Sowjetregierung daraus erwachsenden Schwierigkeiten gesetzt. Der Sieg auf der Hungerfront sei daher unumgänglich notwendig. Für den Kampf gegen den Hunger werden alle Kräfte aufgeboten: 124 leitende Sowjetbeamte sind zu diesem Zweck mobilisiert, 3000 Gewerkschaftler aus den Zentren werden als „Verpflegungs-Miliz" abkommandiert; 30 000 weitere Gewerkschaftler aus der Provinz werden an Ort und Stelle mit verantwortlichen Arbeiten beauftragt. In allen Hungergouvernements werden „außerordentliche Verpflegungskommissionen" mit weitgehenden Vollmachten geschaffen. In Petersburg begannen Arbeiterversammlungen aus Anlaß des Hungers. Die Versorgung Petersburgs und Moskaus verschlechtert sich von Tag zu Tag: der Rat der Volkskommissare hat der Moskauer und Petersburger Kommune befohlen, unverzüglich die Zahl der von Staats wegen mit Lebensmittelrationen Belieferten um 30 Prozent zu kürzen. Nach einiger Zeit sollen weitere 30 Prozent der bisher Versorgungsberechtigten fortfallen.

Losowsky diktiert

OE. Riga, 25. Juli.

Auf dem Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale vertrat Losowsky folgende Bedingungen, die für die Aufnahme neuer Gewerkschaften gestellt werden sollen: der Klassenkampf muß aktiv verwirklicht und die Diktatur des Proletariats bedingungslos anerkannt werden; die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Amsterdamer und zur Moskauer Gewerkschafts-Internationale ist verboten; die nationalen Organisationen haben sich den Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftskongresses unbedingt zu unterwerfen.

Obgleich die Bourgeoisie versucht habe, die Betriebsräte durch gesetzliche Zulassung und Regulierung unschädlich zu machen, wofür die Betriebsräte in Deutschland das beste Beispiel bilden, könne die Rote Gewerkschafts-Internationale nicht auf die Betriebsräte als Organisationsmittel verzichten. Ebenso dürften die Kommunisten die bestehenden Gewerkschaften nicht verlassen, sondern müßten ihnen einen wahrhaft revolutionären Geist einimpfen.

Beginn des Lille r Kongresses

Paris, 25. Juli.

Der französische Gewerkschaftskongreß ist heute vormittag in Lille zusammengetreten In die eigentlichen Verhandlungen wird heute nachmittag eingetreten.

Der „Intransigeant" als einziges Blatt meldet aus Lille die Ankunft des Generalsekretärs der Dritten Internationale, Losowski, in Begleitung von drei anderen russischen Kommunisten. Sie sollen die Grenze in bis jetzt unaufgeklärter Weise passiert haben.

Eine neue Erklärung Karolyis

UK. Budapest, 24. Juli.

Graf Michael Karolyi hat an den Wiener Vertreter des Daily Herald ein Telegramm gesandt, in dem er erneut zu den Enthüllungen des Prinzen Windischgraetz Stellung nimmt. Karolyi erklärt neuerdings diese Enthüllungen als von Anfang bis zu Ende erlogen und den Prinzen selbst als ehrlosen Verleumder. Weiter schreibt Karolyi: Ich betrachte die gegen mich eingeleitete Hetze als letzten Versuch des jetzigen ungarischen Regimes, seine Macht zu behaupten. Die angeblichen Dokumente Windischgraetz' stammen von dem Major Konsten, den die deutsche Regierung während des Krieges in Budapest als Spion mit meiner Ueberwachung betraut hatte und der seine Gewährsleute in den übelsten Kreisen suchte. Wenn jemand schuldig ist, mit der Entente während des Krieges Verhandlungen über einen Sonderfrieden angeknüpft zu haben, so ist es vor allem Ex-König Karl, dessen Sixtusbriefe ja längst in die Oeffentlichkeit gedrungen sind.

Staatszusammenschluß in Amerika

Utd. Tel. Washington, 25. Juli.

Nach dem „New York Herald" sollen zwischen den fünf zentralamerikanischen Regierungen Panama, San Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica Verhandlungen vor dem Abschluß stehen, die einen Zusammenschluß dieser Staaten zu einem einzigen Staat bezwecken. Die Vertreter dieser verschiedenen Republiken hatten bereits untereinander Verhandlungen zur Beseitigung innerer Differenzen gepflogen, wobei u. a. auch die Grenzstreitigkeiten zwischen Costa Rica und Panama erörtert wurden. Eine solche Lösung des zentralamerikanischen Problems würde nach Ansicht offizieller Kreise sowohl im Interesse der einzelnen Republiken als auch im Interesse ihrer Beziehungen zu der Außenwelt liegen. Es steht noch nicht fest, welcher von den genannten Staaten den Vorsitz in dieser neuen Republik führen wird, doch soll jeder einzelne Staat wahrscheinlich eine eigene Organisation mit eigener Regierung erhalten an Stelle einer einzigen nationalen Regierung.

Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern

Die in der Presse bisher gemachten Feststellungen über gesetzwidrige Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern, besonders in der Festungshaftanstalt Niederschönefeld, wurden von den Regierungsstellen stets abgeleugnet. Nun kam es im bayerischen Landtag gelegentlich der Behandlung eines Antrages auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu einer ausführlichen Debatte im Verfassungsausschuß. Der Abgeordnete Fischer (U.S.P.) und Frau Aschenbrenner (K.P.D.) trugen umfangreiches Material vor, von dem wir folgendes wiedergeben:

Die Gefangenen in Niederschönefeld sind ihres Lebens nicht mehr sicher. **Man geht mit Waffengewalt gegen sie vor.** Drei Gefangene, die Beschwerden ihrer Mitgefangenen beim Festungsvorstand vorbrachten, sind deshalb in Einzelhaft gebracht worden. Ein Beschwerdetelegramm, das an die Regierung gerichtet war, hat die Gefängnismauern gar nicht verlassen. Einem Gefangenen, der körperlich stark heruntergekommen war, wurden Milch und Eier vom Arzt verordnet, vom Festungsvorstand aber abgelehnt. Es kommt auch vor, daß Gefangene in die Irrenzelle gesperrt werden. Der neue Festungsvorstand, Staatsanwalt Kraus, brachte einen streng militärischen Geist in die Festung. Die Posten erhielten Anweisung, nach dem zweiten Anruf rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Sämtliche Beamte sind mit Militärgewehren ausgerüstet. Familienangehörige erhalten, statt wie bisher 6, nur noch zwei Stunden Besuchserlaubnis. Der Vorstand erklärte, daß Besuche überhaupt aufhören müßten. Beschwerden nützen nichts, sie kommen einfach zum Akt. Der Vorstand erklärte einem Gefangenen: „Der Oberstaatsanwalt, also die Aufsichtsbehörde, hat hier gar nichts anzuordnen, das tue ich." Wer innerhalb 14 Tagen mit mehr als zwei Bitten kommt, erhält Einzelhaft. Einem Teil der Gefangenen, die Abgeordnete sind, ist es nicht möglich, sich an ihre Parlamentsfraktionen zu wenden. Die alte Mutter des Genossen Toller wird nur zum Besuch vorgelassen, wenn Toller seiner Mutter schreibt, daß er sich gut führen werde. Das zweieinhalb Jahre alte Kind des Abgeordneten Schmidt wird bei einem Besuch körperlich durchsucht und unter Aufsicht gestellt. Ein Gefangener, der den Vorstand bat, einen Mitgefangenen, bei dem die Haftpsychose offenkundig war, in einer Heilanstalt unterzubringen, wurde in Einzelhaft gesteckt. Frühere Festungsvorstände waren bemüht, den Festungscharakter der Haft zu wahren. Jetzt wird alles getan, um der Haft den Charakter des Gefängnisses zu verleihen. Menschlich und loyal denkende Aufseher werden versetzt, und nur ganz „brauchbare" in der Festung belassen. Von einem Aufseher wurden einem Gefangenen Ohrfeigen angedroht.

Dies ist nur ein Bruchteil des vorliegenden Materials. Im Gegensatz zu der Behandlung in Niederschönefeld, geht es dem Mörder von Kurt Eisner, dem Grafen Arco — der lebenslänglich Festung hat —, recht gut in der Festung. Er kann Licht brennen, solange es ihm behagt, Besuche empfangen, soviel er will, kann sich in jeder Hinsicht frei bewegen und darf auch Klavier spielen.

Der Regierungsvertreter leugnete natürlich alles ab und behauptete, daß die Gefangenen in jeder Hinsicht gut behandelt würden. Die in der Presse vorgebrachten Klagen seien von Anfang bis zu Ende erlogen. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Zustände in Niederschönefeld wurde gegen die Stimmen der U.S.P., K.P.D. und S.P.D. abgelehnt. Da aber nach der Verfassung ein Fünftel der Stimmen sämtlicher Abgeordneten genügen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu erzwingen, so besteht noch die Möglichkeit, daß in der nächsten Plenarsitzung der Antrag doch angenommen wird.

Die bayrischen Demokraten, wohl die unsauberste politische Gesellschaft in ganz Deutschland, stimmten im Ausschuß gegen die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Deutschnationale Verleumder

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlichte am 21. Juli einen Bericht aus Weimar über die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses, der zur Untersuchung der Vorgänge in der Thüringer Landespolizei eingesetzt worden ist. In dem Bericht heißt es zunächst, der Landtagspräsident Drechsler, der den Vorsitz führte, habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen des Ausschusses gemäß Artikel 23 der Thüringer Verfassung öffentlich seien, soweit es sich um die Zeugenvernehmung handelt. Dann heißt es weiter: **„Darauf wurde auf Antrag des Präsidenten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen."**

In der Sonnabendsitzung des Thüringer Landtages hat Genosse Drechsler diese Art Berichterstattung als bewußte Verleumdung gekennzeichnet. Er stellte fest, daß der Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit von einem bürgerlichen Mitglied des Ausschusses gestellt und begründet worden ist. In dem Bericht der „Deutschen Zeitung" heißt es dann weiter:

Gegenüber der Tatsache, daß dieser Ausschuß nun dennoch in geheimen Sitzungen tagt, kann der gut mit den Verhältnissen der Thüringischen Regierung Vertraute sich der kritischen Einsicht nicht verschließen, daß Präsident Drechsler ein Gefühl der Erleichterung haben muß, so lange die Oeffentlichkeit von den Sitzungen dieses Ausschusses ferngehalten werden kann. **Denn die Angelegenheiten der Landespolizei berühren gewisse Vorfälle im Staate Gera-Greiz, für die sich der reußische Staatsrat Drechsler ebenfalls vor diesem Ausschuß zu verantworten haben wird, obwohl er sonderbarerweise dessen Vorsitzender ist.**

Genosse Drechsler stellte demgegenüber fest, daß seine Person in der Angelegenheit der Thüringer Landespolizei nicht die geringste Rolle spiele. Das sei allgemein bekannt. Wenn er in diesem Zusammenhang von der „Deutschen Zeitung" trotzdem genannt werde, so sei das ein Beweis dafür, daß der Bericht aus einer niedrigen Gesinnung geboren wurde; es solle nach außen hin der Eindruck erweckt werden, als ob der Ausschuß nicht objektiv verhandele. Die Feststellungen des Genossen Drechsler wurden mit berechtigten Protestrufen gegen die anwesenden bürgerlichen Berichterstatter begleitet. Der deutschnationale Abgeordnete v. Eichel-Streiber erklärte sich bereit, der „Deutschen Zeitung" eine Berichtigung zugehen zu lassen. Wir sind gespannt, ob die „Deutsche Zeitung" den Mut haben wird, dieser Berichtigung Raum zu gewähren, aber selbst, wenn sie es tun sollte, wird sie von ihren gewohnheitsmäßigen Verleumdungen gegen die thüringische Regierung kaum Abstand nehmen.

Die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist der Initiative der Regierungsparteien entsprungen. Den Deutschnationalen ist es dabei schon heute nicht angenehm zumute. Denn es hat sich bereits herausgestellt, daß die gegen die Landespolizei vorgebrachten Anklagen nach jeder Seite hin haltlos sind. Die Rechtspresse hat ihre Informationen über die thüringische Landespolizei von einem Oberleutnant Lampel erhalten, der durch ein ärztliches Gutachten als geisteskrank bezeichnet wird. Von dieser Tatsache hat die Rechtspresse ihre Leser nicht in Kenntnis gesetzt: sie wollte die Wirkung, die durch die Produkte eines Irrsinnigen ausgelöst wurden, nicht abschwächen. Die Rechtspresse ist sich auch heute schon klar darüber, daß die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses ein negatives Ergebnis haben werden. Deshalb versucht sie das Ergebnis dadurch abzuschwächen, daß sie schon jetzt den Eindruck hervorzurufen versucht, als sei von einem solchen Untersuchungsausschuß nichts anderes zu erwarten gewesen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn

Wir haben in Nr. 328 vom 16. Juli die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn besprochen. Amtlich geht uns folgende Uebersicht zu über die mit dem 1. August 1921 eintretenden wichtigsten Neuerungen und Abänderungen, die wir mit einigen von uns angeführten Ergänzungen zur genaueren Unterrichtung unserer Leser nochmals abdrucken. Wir verweisen außerdem auf die in dieser Nummer im Inseratenteil abgedruckte amtliche Bekanntmachung.

1. Neben den durch Gesetz vom 21. Juli 1920 — unter Wegfall der Unterscheidung zwischen ständigen und unständigen Arbeitsnehmern — gewährten Ermäßigungen, 4 M. für den Tag, 24 M. für die Woche, und 100 M. für den Monat, die auch für die zur Haushaltung zählenden Ehefrau des Arbeitnehmers gelten, sowie für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind 6 M. für den Tag, 36 M. für die Woche und 150 M. für den Monat, **tritt vom 1. August 1921 an,** soweit Abzüge gemäß § 13 des Einkommensteuergesetzes schon in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 berücksichtigt worden sind, des nach dem Freilassen der vorerwähnten Beträge sich berechnenden Steuerbetrages von 10 Proz., **eine weitere Ermäßigung ein** und zwar:

a) um 0,60 M. täglich,
b) um 3,60 M. wöchentlich,
c) um 15 M. monatlich ein.

Beispiel: Arbeitnehmer, verheiratet mit vier Kindern.

Wochenlohn 350 M.,
davon abzugsfrei 2 . 24 + 4 . 36 = 192,— M.
Rest . . . . . 158,— M.
hiervon 10 vom Hundert . . . . . 15,80 M.
davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E. St. G. . . . . 3,60 M.
Demnach einzubehalten . . . . . 12,20 M.

2. Sind Abzüge nach § 13 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 **nicht (oder nicht voll,** Red. d. Fr.) berücksichtigt worden, so betragen die Ermäßigungen **für den in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn**

a) 1,40 M. täglich,
b) 8,40 M. wöchentlich,
c) 35 M. monatlich.

Bei den nach dem 31. Oktober erfolgenden Lohnzahlungen kommen nur noch die einfachen Abzüge — 0,60 M., 3,60 M. oder 15 M. in Frage. (Die Erhöhung fällt von da ab fort.)

Beispiel: Verheiratet, zwei Kinder, Wochenlohn 280 M.

a) für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921:

Wochenlohn . . . . . 280,— M.
davon abzugsfrei 2 . 24 + 2 . 36 = 120,— M.
Rest . . . . . 160,— M.
hiervon 10 vom Hundert . . . . . 16,— M.
davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E. St. G. . . . . 8,40 M.
einzubehalten . . . . . 7,60 M.

b) für die Lohnzahlungen nach dem 31. Oktober 1921

10 vom Hundert (wie oben) . . . . 16,— M.
davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E. St. G. . . . . 3,60 M.
einzubehalten . . . . . 12,40 M.

3. Der Erlaß vom 25. August 1920, wonach **besondere Entlohnungen für Ueberstunden vom Steuerabzuge freizulassen** waren, ist **aufgehoben** worden. Vom 1. August 1921 ab unterliegen auch die aus der Leistung von Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeit und sonstiger über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsleistungen erzielten Löhne usw. dem Steuerabzuge.

4. Dagegen sind vom 1. August 1921 ab nicht mehr vom Arbeitslohn abzusetzen:

a) Krankenkassenbeiträge usw.,
b) sonstige Abzüge, insbesondere für Werbungskosten.

In den Fällen jedoch, in denen Arbeitnehmer von dem Finanzamt eine Bescheinigung darüber erhalten haben, daß beim Steuerabzug **höhere Abzüge als 1800 M.** jährlich zu berücksichtigen sind, treten diese höheren Abzüge an Stelle der obengenannten Beträge; ein **Doppelabzug** ist nicht gestattet. (Außerdem bleibt aber dem Steuerpflichtigen das Recht auf Veranlagung, falls er glaubt, höhere Werbungskosten als 1800 M. zu haben. Red. d. Fr.)

5. Den **unständig beschäftigten Arbeitnehmern** ist von dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung (nach Abzug der sonstigen Ermäßigungen, Red. d. Fr.) 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten mit der Maßgabe, daß bei Lohnzahlungen nach dem 31. Juli bis 31. Oktober 1921 sich der (für Werbungskosten, Red. d. Fr.) einzubehaltende Betrag oder der vom Finanzamt auf Bescheinigung zugelassene geringere Betrag um 0,40 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden und bei Lohnzahlungen nach dem 31. Oktober 1921 um 0,15 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden ermäßigt.

Beispiel: Unständige Arbeitnehmer mit 3½ Stunden Arbeitszeit und 19 M. Lohn:

einzubehalten 10 vom Hundert . . . = 1,90 M.
davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 des E. St. G. in der Zeit zwischen dem 1. August 1921 und 31. Oktober 1921 . . . . . 0,80 M.
einzubehalten . . . . . 1,10 M.

In der Zeit nach dem 31. Oktober 1921 gehen von 1,90 M. nur ab 2 × 15 = 0,30 M., so daß 1,60 M. einzubehalten sind.

6. Bemerkt wird noch, daß die einzubehaltenden Steuerbeträge nach § 46 Schlußabsatz nicht mehr auf volle Mark, sondern auf 10 Pfennig nach unten abzurunden sind, z. B. 35 Pf. auf 30 Pf.

Reif für den Ausschluß

Die Kommunistische Partei hat am vergangenen Freitag eine Versammlung veranstaltet, in der der Bericht vom 3. Kongreß der Moskauer Internationale gegeben werden sollte. Es war eine Reihe exotischer Größen aufgeboten, so daß Friesland, der eigentliche Referent, wenn man nach dem Bericht der „Roten Fahne" urteilen darf, Mühe hatte, seinen Vortrag anzubringen. In der Hauptsache beschäftigte er sich mit der Konkurrenz, mit der Kommunistischen Arbeiterpartei, die sich durchaus nicht „auf den rechten Weg" habe weisen lassen wollen. Piek hielt ein Schlußwort, worin er ausführte, daß die internationale Konterrevolution die Notlage Sowjetrußlands auszunützen suche. **„Das Proletariat muß deshalb Sowjetrußland mit der Waffe in der Hand verteidigen."** Dieser Satz wird in der „Roten Fahne" durch fetten Druck besonders hervorgehoben, er scheint also die enthusiastische Zustimmung des Blattes gefunden zu haben. Wir fürchten aber, daß Piek durch sein Bekenntnis in eine schwere Bedrängnis geraten wird. Denn wir erinnern dann, was Brandler, der Vorsitzende der V.K.P.D., vor den Richtern über das Thema „mit der Waffe in der Hand" ausgeführt hat:

„Wenn wir einen bewaffneten Aufstand machen wollen und und Sie uns nicht für politische Kinder halten, so setzt das doch voraus, daß wir über Waffen verfügen. Es gibt Leute, die da glauben, wenn sie irgendein Schießeisen oder Gewehr haben, könnten sie bewaffneten Aufstand machen. Dafür können Sie aber doch nicht die Zentrale und mich verantwortlich machen. Mit ein paar Handgranaten — soviel wissen wir doch — macht man doch keinen Aufstand!"

Brandler ist für diese Auslegung der Phrase „mit der Waffe in der Hand" vom Moskauer Kongreß zum Ehrenpräsidenten ernannt worden. Wenn Piek jetzt also wieder eine gegenteilige Auffassung zu haben scheint — die Auffassung „für politische Kinder", wie Brandler es nennt —, so wäre die Moskauer Exekutive verpflichtet, ihn aus der Kirche auszuschließen.

Neuer Kommunistenprozeß

Montag vormittag begann vor dem Sondergericht beim Reichswehrgruppenkommando I in Frankfurt der Prozeß gegen 20 Kommunisten aus Neukölln und Frankfurt a. M., denen zur Last gelegt wird, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Art zusammengeschlossen oder an solchen Verbänden teilgenommen oder dazu durch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben. Die Anklage stützt sich auf Propagandamaterial der Kommunistischen Arbeiterpartei und auf deren Aufzeichnungen über Kampforganisationen, die am 17. 9. 1920 in der Wohnung einer Frau Kucker in Neukölln von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurden. Die Anklage hebt die völlig militärische Gliederung dieser Kampforganisationen hervor, deren Reichsleitung in den Händen des Hauptangeklagten, Schriftstellers Kunz-Neukölln, gelegen habe, dem als Adjutant ein gewisser Feidt zur Seite gestanden habe. In den Wohnräumen eines Teiles der Angeklagten seien Waffen, Bomben und Sprengstoffe gefunden worden. Im September 1920 habe Kunz mit dem Angeklagten Lehmann bei dem Stadtrat Baer in Frankfurt a. M. einen Raubversuch unternommen, um sich einen angeblich bei Baer befindlichen Goldvorrat anzueignen und ihn für Zwecke der Kampforganisation zu verwerten. Als Zeugen sind 74 Personen geladen.

Demokratischer Parteitag. Der Organisationsausschuß der deutsch-demokratischen Partei hat dem Parteivorstand empfohlen, den diesjährigen Parteitag am 8. und 9. Oktober in Köln stattfinden zu lassen.

Um drei Milliarden Steuern betrogen

Die „Wiener Arbeiterzeitung" berichtet über eine gewaltige Steuerhinterziehung, durch die der Staat um nicht weniger als drei Milliarden Kronen geschädigt worden ist. Danach haben die Kreditanstalt, Bodenkreditanstalt und Unionbank die Aktien von sechs der größten Industrieunternehmungen Deutschösterreichs, nämlich der Aktiengesellschaft für Mineralindustrie vormals David Fanto und Comp., der ersten österreichischen Aktiengesellschaft zur Erzeugung von Möbeln aus gebogenem Holze Jakob und Josef Kohn, der Mundus-Aktiengesellschaft, der Vereinigten österreichischen Bugholzmöbelfabriken, der Aktiengesellschaft der Vöslauer Kammgarnfabrik, der Aktiengesellschaft der Fezfabriken und der Holzhandelsaktiengesellschaft an sechs sogenannte Holdingesellschaften als Treuhänder übergeben, die eigens zu diesem Zweck in der Schweiz gegründet worden sind. Das Gesamtkapital der gesamten sechs Gesellschaften betrug 70 Millionen Kronen, das Gesamtkapital der neugegründeten Holdingesellschaft 42 Millionen Schweizer Franken oder rund sechs Milliarden Kronen. Die Differenz stellt den durch Steigerung aller Werte bedingten Liquidationsgewinn der Banken und der Aktionäre dar, der nach den bestehenden Gesetzen mit drei Milliarden zu versteuern gewesen wäre. **Dieser Versteuerung haben sich die Banken dadurch zu entziehen gewußt, daß sie die Form der Gründung dieser ausländischen Treuhändergesellschaften wählten.** Das Finanzministerium wird jetzt veranlaßt werden, die hinterzogenen Milliarden bei den in Frage kommenden Banken und Gesellschaften einzutreiben. Gleichzeitig wird sich die Nationalversammlung mit der Frage beschäftigen, wie es kommen konnte, daß das Finanzministerium den sechs Gesellschaften und den sie patronisierenden Großbanken dieses Milliardengeschenk auf Kosten des Staates machen konnte.

Die Steuerbetrüger sind doch überall gleich.

Urlaub unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter?

Die Frage der Urlaubsgewährung an Arbeiter und Angestellte unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter bedarf schon seit langem einer gesetzlichen Regelung. Der Reichstag hatte bei Beratung über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums an die Regierung das Ersuchen gerichtet, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Regierung vertritt, wie sie in ihrer dem Reichstage zugestellten Antwort mitteilt, die Auffassung, daß auch diese Angelegenheit gelegentlich der Herstellung eines einheitlichen Arbeiterrechts geregelt werden müsse. In einem Ausschuß des Reichsarbeitsministeriums werde zur Zeit der Entwurf eines Abschnitts des Arbeitsgesetzbuchs über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet. Dieser Entwurf behandle auch die Urlaubsfrage. Der Arbeitsrechts-Ausschuß habe es daher nicht für angezeigt gehalten, die Urlaubsregelung durch Sondergesetz vorzunehmen. Immerhin unterliege diese Frage zur Zeit noch der Prüfung des Reichsarbeitsministeriums.

Crispien in Paris. Der Genosse Crispien wird bei der Jaurès-Gedenkfeier, die am kommenden Sonnabend im Pariser Trocadero stattfindet, eine Rede halten. Die Einreiseerlaubnis durch die französische Regierung, ist, wie uns aus Paris telegraphiert wird, gesichert.

Buchdruckerstreik in Köln. Nachdem die Forderungen der Kölner Buchdrucker abgelehnt sind, haben die organisierten Gehilfen am Montag die Betriebe verlassen und sind in den Streik getreten. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen daher vorläufig nicht.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sommerdirektion
7½ Uhr: **Der Kaiserjäger**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Nur noch diese Woche:
Gastspiel Exl-Bühne Innsbruck:
7.30 U.: Die Kreuzelschreiber
Mittw.: Das Gnadenbild
Donn.: Glaube und Heimat
Freitag: Der G'wissenswurm

Komödienhaus:
Alabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Ida Nersen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in
1919 — Ab dafür

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Alabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Gdy)

Deutsch. Künstl.-Theater
7½: Der Herr Verteidiger
(Heil, Gebühr, Kaiser-Titz)

Komische Oper
7½ Die Oper 7½
Alt-Heidelberg

Rose-Theater
7½ Uhr:
Mein Leopold

Wallner-Theater
Wallnertheaterstraße 35
7½ Uhr: Zigeunerliebe

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
„ Varieté „
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Persönliches Auftreten:
Johannes Riemann und Dora Schlüter in
Cocain (Sektkübel)
und 9 weitere Attraktionen

Theater a. Hohenzollern-Damm
Elite-Sänger.
Bis 31. Juli
Täglich 7½ Uhr
Gastspiel d. Original-
Leipziger Fritz-Weber-Sänger.
Ab 1. August
Wiederauftreten
der Elite-Sänger

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 106 21

Amtl. Bekanntmachungen

Das neue Reichsgesetz vom 11. Juli 1921 über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn sieht im § 46 Abs. 2 Nr. 3 eine weitere Ermäßigung des von dem Arbeitslohn des Arbeitnehmers einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. — unter Wegfall der Unterscheidung zwischen ständigen und unständigen Arbeitnehmern — zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge vor, und zwar:

a) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden: um 0,15 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden;
b) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen: um 0,60 M. täglich;
c) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen: um 3,60 M. wöchentlich;
d) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten: um 15 M. monatlich.

Diese Ermäßigung tritt bei jeder Lohnzahlung ein, die nach dem 31. Juli 1921 erfolgt; in denjenigen Fällen, in denen Abzüge im Sinne des § 13 nicht schon beim Steuerabzug in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, erhöhen sich zum Ausgleich dieser Abzüge die im § 46 Absatz 2 Nr. 3 vorgesehenen Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn:

a) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden auf 0,40 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden;
b) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen auf 1,40 M. täglich;
c) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen auf 8,40 M. wöchentlich;
d) Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten auf 35 M. monatlich;

Nach Ziffer 2 des Erlasses vom 26. August 1920 — III 22 206 — (Bekanntmachung vom 1. September 1920, Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920, S. 1403) bleiben von dem Steuerabzug bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen, die über die für den Betrieb regelmäßige Zeit hinaus geleistet werden. Durch Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 12. Juli 1921 — III 19 246 — wird der vorbezeichnete Erlaß vom 1. August 1921 ab aufgehoben; **von diesem Zeitpunkt ab unterliegen auch die aus der Leistung von Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeit und sonstiger, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsleistungen erzielten Löhne usw. dem Steuerabzug.**

Berlin NW 40, den 21. Juli 1921.

Landesfinanzamt Groß-Berlin.

Veranlagung und Erhebung von Steuern

Vom 1. August d. Js. ab werden im Bezirke des Landesfinanzamts Groß-Berlin alle
das Reichsnotopfer,
die Körperschaftssteuer,
die Kapitalertragssteuer,
die Kriegsabgabe 1919,
die Kriegsabgabe 1918,
die Kriegssteuer 1916 und
den Wehrbeitrag
betreffenden Sachen, soweit diese Steuern von **nichtphysischen** Personen (Gesellschaften, Vereinen usw.) zu entrichten sind, von dem Zentralfinanzamt Berlin (!) hier, Jüdenstr. 58-60 bearbeitet. Die Erhebung dieser Steuern liegt von da ab der Finanzkasse dieses Finanzamts ob.

Von demselben Tage ab geht auch die Bearbeitung der die bisherigen preußischen Staatssteuern der nichtphysischen Personen betreffenden Sachen auf das genannte Finanzamt über. Die Erhebung dieser Steuern erfolgt jedoch auch weiter durch die bisher zuständigen Kassen.

Spezial-Behandlung für alle Geschlechtskrankheiten
bei Männer u. Frauen schnell, schmerzl. u. mögl. ohne Berufsstörung
Heilanstalt **C. Weissert,** Brunnenstraße 191 Nähe Rosenthaler Platz.
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12. Untersuchung kostenlos.

Besonders günstige Angebote, gültig bis Montag, den 1. August

Jack.-Anzüge f. Herren in gut. Qual. u. bester Verarbeitung. M. 875 750 650 450 350 **225⁰⁰**
Strandanzüge f. Herr. aus gestreift. Sommerstoff . . . . M. **235⁰⁰**
Sport-Anzüge aus Lodenstoff, gemust. Manch., Homespun usw. m. Breech. od. lang. Hose M. 800 650 500 **400⁰⁰**
Tennis-Anzüge aus reinwollenem gestreiften Cheviot in erstklassiger Verarbeitung . . . . M. **600⁰⁰**
Jünglings-Anzüge bestehend a. Jeppe u. Hose M. 40 38 36 **34⁰⁰**
Jünglings-Anzüge in gr. Ausw., dreiteil. M. 400 300 200 98 **83⁰⁰**
Einsegnungs-Anzüge in bester Verarbeitung von M. **290⁰⁰** an
Jünglings-Ulster und Paletots jeder Art anfangend mit . M. **160⁰⁰** bew. M. **50⁰⁰**
Jüngl.-Sweat. i. blau u. grau, i. vorzügl. Beschaffenheit . . von M. **7⁰⁰** an
Bozen. Mänt. u. Pelerin. f. Knab. u. Mädch., von M. **110⁰⁰** bew. **70⁰⁰** an
Knaben-Anzüge i. Blusen-, Schlüpfer- u. and Form., aus vorzügl. Stoffen. . . . . M. 225 160 110 80 **60⁰⁰**
Knaben-Waschanzüge in viel. Façons u. Qual., von M. **45⁰⁰** an
Kinder-Sweater feines Makogewebe, in schönen Farb., von M. **14⁰⁰** an
Gummi-Mäntel i. viel gut. Qual. u. Fasc. M. 650 575 450 350 **265⁰⁰**
Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe 140 cm breite, sehr haltbare Ware, Serie V M. 68, Ser. IV M. 45, Ser. III M. 35, Ser. II M. 25, Serie I . . . . . M. **20⁰⁰**
Cutaways u. Westen aus feinen Marengo-Stoffen M. **550⁰⁰**
Schlüpfer, Raglans, Paletots aus Homespun, gemustertem oder Marengo-Cheviot und Covertcoat . . . . . M. 750 650 550 **450⁰⁰**
Bozener Mäntel u. Pelerinen aus vorzüglich. Strichloden M. 350 275 225 **190⁰⁰**
Lodenjoppen in Litewken- od. Sportform, anfangend mit M. **38⁰⁰**
Lüsterjacketts schwarz, gestreift od. hell anfangend mit . . . . M. **70⁰⁰**
Feldgraue Sommer-Litewken, sehr haltbar und kleidsam . . . . . M. **60⁰⁰**
Feldgraue Ulster in guter Qualität M. 78 . . . . . M. **58⁰⁰**
Hosen gestreifte, sehr gute Stoffe. . . . . M. 200 170 120 90 55 **44⁰⁰**
Feldgraue Militärhosen . M. 108.— **95⁰⁰**
Tennis-Hosen aus reinwollenem Cheviot . . . . . M. **265⁰⁰**
Sport-Hosen aus gut. Stoffen, Breechesform von . . . . . M. **98⁰⁰** an
Gürtelwesten . . . . . von M. **18⁰⁰** an
Fantasie-Westen in geschmackvollen Mustern M. 98, 78, **58⁰⁰**
Sommer-Waschwesten in sehr guter Qualität . . M. **48⁰⁰**
Sport-Hemden aus feinen, waschbaren Stoffen, kleinste Größe M. **32⁰⁰**
Sport-Stutzen aus Wolle, mit gemusterten Rändern . . . . . M. **17⁰⁰**
Sport-Gürtel Kernled., 5 cm br., m. amerik. Schnalle, i. versch. Farb., M. **29⁰⁰**
Rucksäcke aus gut Leinen, m. Kernlederriemen, kleinste Größe von M. **25⁰⁰** an

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

BAER SOHN
Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Kapitän-Kautabak einmal gepreßt — immer gepreßt. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen i. den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgl. 3561)

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! Dringend für Spezialgebrauch! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! — Aluminium! Zink! — Stanniolpapier!
Glühstrumpfasche bis M. 160.
Zahngebisse! Zahn bis M. 100.-
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch! gold- u. silberhaltige Rückstände! Quecksilber! — silberf. Silber! —
kauft zu Tageskursen:
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände
Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekannten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.
Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER
POTSDAM

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend / Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Halbjahresbeitrag von
nur M. 15.—
Jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und // 4 gute Bücher erster Schriftsteller //
Anmeldung durch die
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Korpulenz
beschwerliche Leibesfülle, starke Hüften, Doppelkinn beseitigt ohne besondere Lebensweise „Graziana" gesetzlich geschützt. Vollkommen unschädliches, natürlich wirkendes Entfettungsmittel. 30 Jahre höchst erfolgreich bewährt. 1 Pak. 15,— 3 Pak. 42,50.
Otto Reichel,
Berlin 46,
Eisenbahnstraße 4.

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Gänsefedern

füllfertige, auch angerissen, aus erster Hand.
Paul Pangelow
Prinzenstr. 15 Hofgeb.

Wir demonstrieren!
5 Lieder für Massengesang
50 Pfennig
Organisationen und Händlern hoher Rabatt
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Wanzen weg, wie deren **Brut**
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodaal!
Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschreiben v. überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Botenfrauen
sucht
Spedition Werner, Greifswalder Str. 29
Spedition Jordan, Dresdener Strasse 24

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber
Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 1. Hof, Keller.

Spezial-Arzt
Dr. Scott, Rosenthalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden. Syphilis-, Salvarsan-Kuren. Blutuntersuchungen. Damen separat. 10—1, 5—7.

Müller!!
Erwerbslose gelernte Müller gesucht. Zu melden Arbeitsnachweis für Mühlenarbeiter, vormittags von 9—1 Uhr: Bureau des Verbandes der Bäckerei- und Mühlenarbeiter, Berlin, Mulackstraße 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Helfer
Karl Schubert
Schönhauser Allee 150, am 22. d. M.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. 7., mittags 11½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Der Putzer
Karl Schmidt
Stettiner Straße 40, am 21. d. M.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. 7., vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Buch aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Mittwoch, den 27. Juli 1921, abends 5 Uhr, in der Schulaula, Manteuffelstraße 7,

Versammlung
der Automaten- und Handbank-Einrichter der Schraubenbranche

Tagesordnung:
1. Bericht über die Hauptausschußverhandlungen.
2. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 27. Juli 1921, abends 6½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12 (Großer Saal),

Branchen-Versammlung
sämtlicher Elektromonteure und Helfer Groß-Berlins

Tagesordnung:
1. Referat und Korreferat über die zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten (Lehrlingsfrage).
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. Juli 1921, abends 4½ Uhr, im „Märkischen Hof", Admiralstraße 18c,

Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure

Tagesordnung:
1. Stellungnahme der Kollegen zu der Lohnbewegung in unserer Branche.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 27. Juli 1921, abends 7 Uhr, in „Bökers Festsälen", Weberstraße 17,

Branchen-Versammlung
der Schmiede, Hammer-, Presse- und Kranführer

Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenleitung.
2. Die Kündigung des Lohnabkommens und welche Forderungen stellen wir?
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend

Achtung! **Zimmerer!** Achtung!

Die
Fortsetzung der Zahlstellenversammlung
vom 23. Juli findet am Dienstag, den 26. Juli, abends 6½ Uhr, in den Andreassälen, Andreasstr. 21, statt.

Alle Delegierten sowie Funktionäre und Vertrauensleute der Organisation werden hiermit eingeladen.

Außerdem bitten wir die
Schlichungskommissions- und Vorstandsmitglieder
am Dienstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr zwecks Besprechung im Büro erscheinen zu wollen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Der Vorstand
J. A.: W. Repschläger.

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der v. 18.—25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung
500 Mark
Anmeldungen sind umgehend (event. auch schriftlich) gegen Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die Geschäftsstelle des V.-R.-V., Neukölln, Münchener Str. 53 zu richten.

Zeitungs-Austrägerinnen
stellt sofort ein
„Freiheit"-Ausgabestelle
Steinmetzstraße 23

Groß-Berlin

Flammender Protest

Zur Notlage der Volontärärzte hat die Studentenvertretung der Berliner Universität eine Resolution angenommen. Sie lautet folgendermaßen:

„Die Studentenschaft der Universität Berlin erhebt flammenden Protest dagegen, daß zahlreiche Privatdozenten, Assistenten und Volontärassistenten, welche an der Universität, ihren Kliniken und Instituten notwendige Arbeit leisten, nur einen geringen Teil des Existenzminimums, das jedem Arbeiter zusteht, oder gar keinen Entgelt für ihre mühevolle Arbeit und Verantwortung erhalten. Die Studentenschaft der Universität Berlin fordert daher die Volontärassistenten der Charité sowie der übrigen Universitätskliniken auf, sich in ihrem wirtschaftlichen Kampfe nicht mit Abschlagszahlungen zufrieden zu geben, sondern ihre berechtigten Forderungen restlos durchzusetzen. Ganz im allgemeinen ist überhaupt eine zeitgemäße Umgestaltung der Besoldungsverhältnisse der geistigen Arbeiter und die Angleichung ihrer Bezahlung an die heutige wirtschaftliche Lage eine dringende Forderung des Tages."

So richtig wir es finden, daß die Studenten gegenüber ihren bereits arbeitenden Kollegen Solidarität zeigen, so ist es doch immerhin auffällig, wie energisch sich die Studenten plötzlich für Gehaltsforderungen einsetzen, wenn es sich um Angehörige des Bürgertums handelt. Die Studenten fordern, daß die Volontärärzte mindestens das Existenzminimum, das jedem Arbeiter zusteht, erhalten. Man hat aber bis jetzt noch nicht gehört, daß die Studenten etwa Verständnis dafür hätten, wenn die vielen Arbeiter, die auch heute noch nicht das ihnen zustehende Existenzminimum erhalten, sich ihr Existenzminimum erkämpfen. Im Gegenteil fallen die Studenten in ihrer übergroßen Mehrzahl jeder Arbeiterkategorie, wenn sie um menschenwürdige Existenzbedingungen kämpft, in den Rücken. Die Technische Nothilfe und ähnliche Streikbrecherorganisationen, die der Arbeiterschaft ihren Kampf erschweren, setzen sich zum überwiegenden Teile aus Studenten zusammen. Einer Veröffentlichung der Technischen Hochschule war vor kurzem zu entnehmen, daß die Studenten sogar in den mehrmonatigen Universitätsferien in technischen Betrieben arbeiten, also auch bei dieser Gelegenheit die Arbeiter im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit schädigen. Ebenso brauchen wir nur an diejenigen Studenten zu erinnern, die sich für die Erntearbeit zur Verfügung stellen und den Existenzkampf des arbeitslosen Landproletariats erschweren.

Es wäre im Interesse der Arbeiterbewegung sehr zu begrüßen, wenn man den Protest der Berliner Studenten als eine Aenderung ihrer Stellung zu wirtschaftlichen Kämpfen auffassen könnte. Wir können aber vorläufig angesichts der politischen Haltung der Studentenschaft unser Mißtrauen nicht aufgeben. Auch daß die Studenten die Volontärärzte auffordern, sich in ihrem wirtschaftlichen Kampfe nicht mit Abschlagszahlungen zufriedenzugeben, sondern ihre Forderungen restlos durchzusetzen, ist interessant; wenn aber streikende Arbeiter dieses Rezept anwenden, dann kommen dieselben Studenten und marschieren als technische Nothilfe auf!

Gewerbegerichtswahlen für Groß-Berlin

Im August finden zum ersten Male die Gewerbegerichtswahlen für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin statt, und zwar am 19. August für die Arbeitgeber und am 28. August für die Arbeitnehmer. Wahlleiter ist Stadtrat Poetzsch, sein Stellvertreter der Stadtrat Genosse Schüning. In der letzten Nummer des Gemeindeblattes werden die geltenden Wahlbestimmungen veröffentlicht, von denen wir nachstehend die wichtigsten wiedergeben:

Aktives und passives Wahlrecht.

Wahlberechtigt sind männliche und weibliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche das 20. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk der Stadtgemeinde Berlin Wohnung, Gewerbebetrieb (gewerbliche Niederlassung) oder gewerbliche Beschäftigung haben.

Wählbar als Beisitzer des Gewerbegerichts sind männliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Personen,

a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,
b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben,
c) gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,
d) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind,
e) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81 b Nr. 4 und der §§ 91 bis 91 b der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter (Gesellen, Fabrikarbeiter, Lehrling) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 30 000 M. übersteigt.

Hausgewerbetreibende wählen und sind wahlberechtigt als Arbeitgeber, wenn sie selbst mindestens einen Arbeitnehmer regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und gemäß § 14 der Gewerbeordnung den Gewerbebetrieb angemeldet haben, andernfalls als Arbeitnehmer.

Wahlbescheinigungen.

Wählerlisten werden nicht aufgestellt. Die Arbeitgeber weisen ihre Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung der Polizei- oder Gemeindebehörde darüber nach, daß sie ein Gewerbe betreiben und mindestens einen Arbeiter regelmäßig das ganze Jahr oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Die Arbeitnehmer haben den Nachweis der Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde zu führen, durch welche bestätigt wird, daß sie zur Zeit der Wahl in Arbeit stehen. Die Wahlbescheinigungen können vom 1. August 1921 ab während der Dienststunden in unserem Wahlbureau, Zimmer 9, in Empfang genommen werden.

Wahlhandlung.

Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Sie beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 5 Uhr nachmittags geschlossen. Nach 5 Uhr werden nur noch Personen zur Wahl zugelassen, die sich vor dieser Zeit bereits im Wahlraum eingefunden haben.

Die Arbeitgeber üben ihr Wahlrecht an derjenigen Wahlstelle aus, in deren Bezirk sie ihre gewerbliche Niederlassung haben; die Arbeitnehmer wählen an derjenigen Wahlstelle, in deren Bezirk sie wohnen oder, falls sie außerhalb des Gebietes der Stadtgemeinde Berlin wohnen, beschäftigt sind.

Das Wahlrecht ist in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels auszuüben.

Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier sein und dürfen kein äußeres Kennzeichen tragen. Sie sollen 9×12 Zentimeter groß sein und können auch aus Zeitungspapier bestehen. Sie müssen außerhalb des Wahlraumes ausgelegt oder verteilt werden und dürfen nur das Kennwort der Wahlvorschlagsliste enthalten, für welche der Wähler sich entschieden hat. Hiervon abweichende Zettel sind ungültig.

*

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft muß den Wahlen zu dieser Körperschaft, die über Arbeits- und Lohnverhältnisse oft einschneidende Entscheidungen fällt, besondere Aufmerksamkeit widmen. Die sozialistischen Parteien werden mit der Gewerkschaftskommission eine gemeinsame Liste aufstellen.

Berlin braucht Geld! Das Hafen- und Schiffahrtsamt der Stadt Berlin hat beschlossen, daß das vornehm ausgestattete städtische Motorboot mit geschlossener Kajüte für zehn Personen und offenem Raum für 20 Personen zur Ausnutzung in Zukunft an Privatpersonen gegen Entgelt vermietet werden soll. Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, daß das Boot von den Benutzern schonend behandelt wird. Interessenten sollen sich an das zuständige Amt, Stralauer Allee 16, wenden. — Ließe sich nicht das Motorboot mit in den Dienst der Wohlfahrtspflege für die Gemeindeschulkinder stellen?

Ein entlarvter Verleumder

Im Januar d. J. brachte die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" zwei Artikel die heftige Angriffe enthielten gegen die Geschäftsführung Deutscher Konsumvereine und besonders gegen deren Geschäftsführer Robert Ahmann. Es wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er in seiner früheren Stellung als Geschäftsführer des Braunschweiger Konsumvereins Schmiergelder angenommen und daß er dies System auch in der GEG. eingeführt habe. Auch wurde ihm vorgeworfen, daß er sich auf schmutzigem Wege seine Sinekure erschlichen und daß er Waren ohne Bezahlung aus der GEG. entnommen habe. In höhnischer Weise wurde der in so gemeiner Weise Angegriffene aufgefordert, Klage zu erheben, da man dann den Wahrheitsbeweis erbringen und die Zeugen sektionsweise aufmarschieren lassen werde.

Ahmann strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung" Heinrich Schwarz eine Beleidigungsklage an, die am 20. Juli vor dem Schöffengericht IX in Hamburg zur Verhandlung kam. Der Beklagte erklärte ganz kleinlaut, er könne nicht sagen, ob die Beschuldigung auf Wahrheit beruhe; er habe die beiden Artikel im guten Glauben aufgenommen, da sie ihm von einem glaubwürdigen Genossen übergeben worden seien. Der so pompaft angekündigte Wahrheitsbeweis mißlang vollständig; es konnte nicht der geringste Beweis für die ungeheuerlichen Beschuldigungen, die nicht nur Ahmann, sondern mehr noch die ganze Genossenschaftsbewegung zu schädigen geeignet sind, erbracht werden, so daß der Vertreter des Beklagten selbst einräumen mußte, daß keine einzige der Behauptungen durch die Beweisaufnahme erwiesen sei. Das Gericht verurteilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 500 M., evtl. 50 Tagen Gefängnis.

Waffenschiebungen nach Fahrland

Der „Vorwärts" meldet gestern abend: Gutsarbeiter der Domäne Fahrland bei Potsdam haben beobachtet, daß Lastautos von Potsdam kamen, die schwer mit Waffen beladen nach dem Gutshof Fahrland hinfuhren. Beim Ausladen der Autos, die von Offizieren in Zivil geführt wurden, wurden sämtliche Hofarbeiter vom Hofe geschickt. Die Waffen sind in einem Versteck untergebracht, das mit Brettern vernagelt wurde. Ein Angehöriger der Kraftfahrabteilung äußerte sich, daß die Schupo vorher verständigt werde, Autos mit bestimmten Nummern nicht anzuhalten. Der Domänenpächter heißt Wilhelm Koehne.

Warnung vor Ausbeutern Erwerbsloser

Seit Jahren werden die Polizeibehörden unausgesetzt in Anspruch genommen von Leuten, die durch das unreelle Treiben sogenannter Kunstanstalten, vielfach unter hochtönenden Phantasiebezeichnungen, geschädigt sind. Neuerdings aber werden nicht nur die Besteller von Bildervergrößerungen von solchen Unternehmungen oder deren Abgesandten übervorteilt, sondern diese schädigen auch Erwerbslose, die sich einen Verdienst verschaffen wollen. Da wird durch Zeitungsinserate Stellenlosen eine Existenz mit 100 bis 150 M. Tagesverdienst in Aussicht gestellt. Die sich darauf Meldenden werden auf die Reise geschickt mit dem Auftrage, die allbekannten Bestellungen auf Bildervergrößerungen aufzusuchen. Als Entgelt erhalten sie nur die Fahrkosten und müssen sehen, wie sie sich die Provision verdienen. Natürlich können diese Bedauernswerten bei ihrer Unerfahrenheit und Ungewandtheit und der schon bestehenden Abneigung gegen solche „Kunstanstalten" nicht auf einen grünen Zweig kommen und werden dadurch direkt gezwungen, zu viel zu versprechen oder sonst zu schwindeln, um überhaupt Bestellungen und damit den einzigen Verdienst, die Provision, zu erlangen. Die Folge davon sind Anzeigen und ihre Bestrafung, während die Inhaber der „Kunstanstalten" jede Verantwortung ablehnen.

Aber nicht nur durch Zeitungsinserate werden solche armen Leute betört, sondern auch auf Bahnhöfen und dergleichen, treten die Beauftragten, die Oberreisenden, dieser Art Unternehmungen an ihnen geeignet erscheinende Leute heran und verstehen es, sie zu beschwatzen. Strafrechtlich ist diesem Treiben nicht beizukommen, und es kann nur gewarnt werden davor, den Anerbietungen von Leuten, die großartige Versprechungen für die Tätigkeit als Bildereisender machen, zu folgen. Bemerkt wird, daß solche Inserate nicht nur in Berlin und anderen Großstädten, sondern auch an kleineren Plätzen erscheinen, und daß die anzeigerischen Oberreisenden in den verschiedensten Orten ihre Opfer suchen, die, statt

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Alte machte nicht viel Worte, er tat auch nicht, als sähe er Peters Tränen, er packte ihn nur und zog ihn mit sich fort. Und Peter ließ sich ziehen und folgte dem Alten.

„Nit heimbringe, Hannes!" bat er endlich.

„Dein Mutter is uff de Tod krank, sie will dich hawwe! Nix als heem."

Peter wurde ganz blaß, und der Alte konnte mit ihm anfangen, was er wollte.

Schweigend gingen sie in der Morgenfrische die große Waldstraße hinauf. Wie müde abgerackerte Gäule, die zu schwer aufgeladen haben, schlichen sie dahin, und als sie oben waren, wo Helene gestern in das grüne Tal hinuntergesehen hatte, fiel das erste Wort:

„Hannes, sie wird doch nit sterben?"

„Was woes m'r?"

Hannes machte sein grimmigstes Gesicht. Es war ihm noch nicht einmal eingefallen, eine Pfeife zu rauchen.

Rauchen, wenn einem zumut war wie ihm? Er ahnte, was dem Jungen bevorstand. Wie gern hätte er ihn wie einen kleinen Helden zurückgebracht! So mußte er ihn wie ein Häschen eskortieren, und sein altes Herz hatte fort und fort Angst, er möchte ihm entlaufen und sich dann wirklich ein Leid antun. Peter setzte ein paarmal zum Reden an, schwieg aber immer wieder, während der Wald über ihnen rauschte, und die Sonne schien. Es hatte etwas Uebermütiges dies lustige Rauschen, wie ein übermütiger Junge tat der Wald — — aber das ungleiche Paar sah und hörte nichts. Langsam schlichen sie endlich auf das Haus zu:

„Wie e verprüchelter Hund kummt er heem," meinte ein Knecht, „der Hannes führt'n am Strick und hot Angst, daß er'm nit widder ausreißt."

Peters Empfang war anders, als er sich vorgestellt hatte: das heißt, er wurde nicht mit Schimpfen und Schelten, mit Püffen und Prügel empfangen, sondern man begegnete ihm mit wortloser Kälte. Er fühlte wohl, daß hinter dieser Kälte etwas lauere, was sich fürchterlich über ihn entladen würde, das nur zurückgedrängt war und auf seine Zeit wartete.

Der Vater sah ganz über Peter weg, der in seinem finsteren und sorgenvollen Gesicht zu lesen versuchte, wie es der Mutter ging; zu fragen getraute er sich nicht. Wie ein Dieb schlich er sich die Treppe hinauf und horchte vor der Mutter Türe. Eine sanfte Stimme sprach drinnen; das war die Wärterin, die vor kurzem gekommen. Diese fremde Stimme machte ihm die Mutter, machte ihm das ganze Haus noch fremder. Hannes hatte doch gesagt, sie hätte nach ihm verlangt! Peter fühlte sein Herz erstarren. Wenn sie doch geschrieen, wenn sie ihn gepackt und geprügelt hätten! Die böse Stille war so schwer zu tragen. Er hätte es ja verdient, wenn sie ihn geschlagen hätten, was hatte er seiner Mutter getan! Wußte sie nun alles? Er lief auf einmal schnell die Treppe hinauf, riegelte die Türe hinter sich zu und warf sich verzweifelt auf sein Bett.

* * *

So blieb das ein paar Tage; er lebte völlig abgeschlossen oben in seinem Zimmer, fast wie ein Gefangener, nur mit dem Unterschied, daß ihm jetzt Tina, das junge Mädchen, das die Mutter bediente, die Speisen hinauftrug und ihn dabei halb mitleidig, halb furchtsam anschaute, wie wenn er ein wildes Tier wäre, dem nicht zu trauen sei. Peter schrie danach, daß sie ihm einmal etwas von der Mutter sage, es war ihm ja nicht möglich, zu fragen. Er sah es Tina an, daß sie nur darauf wartete, ja immer ärgerlicher deshalb wurde und ihm böse Augen machte: „Und du bist doch so, wie sie alle sagen!" warf sie ihm hin und schlug die Türe hinter sich zu. Und niemand kam und brachte ihm Nachricht, und niemand kam und sagte ihm: „Sie will dich sehen, Peter."

Stundenlang stand er am Fenster und sah nach den Bergen, die mit ihren langgezogenen Linien eine vage Sehnsucht in ihm wachriefen, eine Sehnsucht, die eigentlich mit seinem Leid nichts zu tun hatte und doch mit ihm verwoben war.

Manchmal durchlebte er jene schwere Nacht wieder, wo er wie ein verscheuchtes Getier umhergeirrt war. Was hatte er denn eigentlich gewollt? Was wäre aus ihm geworden, wenn er mit seinem bißchen Geld über die Grenze wäre? — Ein Bettelbub, ein Landstreicher, ein Vagant! Er hatte ja an gar nichts weiter gedacht, nur fort, weit fort. Warum hatte er nicht versucht, ein Ende zu machen?

Peter verhielt sich die Ohren, wenn er daran dachte und stampfte mit den Füßen auf; ganz deutlich sah er das Gesicht seiner Mutter vor sich, ihre Augen —

Er hielt's nicht mehr aus da droben, er erstickte in der Angst und Einsamkeit; er mußte fort, hinaus, mit jemand reden!

Aber ihn sprach niemand an, und er gönnte keinem ein Wort. Es wurde ihm befohlen, wieder bei den Mahlzeiten zu erscheinen, wo Alwine feierlich und stumm präsidierte, weil der Vater das Essen noch oben bei der Mutter einnahm, und ihm sagte:

„Du hast heute nach Breitenberg zu gehen, der Lehrer erwartet dich, untersteh dich nicht, etwa die Schule zu schwänzen! Es wird jetzt aus einem anderen Ton gehen. Wir wollen einmal sehen, ob wir dich nicht klein kriegen!"

Man war nah der Heuernte, das Wetter zeigte sich nicht günstig, die Luft war schwer und wenn die Sonne kam, stiegen Dämpfe auf. Peter ging bedrückt den schmalen sandigen Pfad. Vor sich sah er deutlich die starren funkelnden Froschaugen des Lehrers, seine gelben viereckigen Zähne, und die knotigen Hände, die wie Eisenstangen niederfallen konnten.

Oh, dieser grausame Mund! — wenn er zutraulich wurde: Nun Peterchen? Was ist es, mein Lieber? Hast du wieder prima gelernt? Hm? — Los mein Prinz! Los! Wie er dann näher rückte, wie die Augen immer weiter aus den Höhlen vorkamen, wie man seinen scheußlichen Atem ertragen mußte, wo sich alles gegen ihn sträubte! — Wenn er neulich früh unter den Zug gegangen wäre, müßte er jetzt nicht zu diesem Untier!

Er war zehnmal auf dem Sprung, vom Wege abzugehen und quer über die Felder zu laufen, gleichgültig wohin. Und doch setzte er weiter Fuß vor Fuß, bis er an der Schwelle der Lehrerwohnung stand. Seines Präzeptors Magd — der Gewaltige war Junggeselle — öffnete ihm. Schlottrig und faul wie immer, mit dummdreistem Gesicht, hieß sie ihn in das „gute Zimmer" eintreten. Es war Peter als hätte er ein lustiges und befriedigtes Flimmern in ihren Augen gesehen.

Das Zimmer haßte er. Es wurde sicher niemals gelüftet, war ein eiskaltes, nach Norden gelegenes Parierzimmer, besaß vor dem mit gehäkelten Decken überzogenen, zerschlissenen und schmutzigen Sofa einen Teppich, aus Fliesen zusammengesetzt: Resultat des Fleißes der dicklichen Magd. Auf dem ovalen Tisch, der auch im Zeichen des „Gehäkelten" stand, prangte als Milieu, verstaubt und von vielen Fliegen eifrig frequentiert, ein blauer Glasaufsatz, mit dicken Blumen bemalt. Dann zierten die gute Stube noch ein paar Rohrstühle, ein „Vertikow", ein Piano und an den Wänden zwei Oeldrucke; der eine eine blonde in Rosa gekleidete Dame mit Stopfelziehterlocken und einem Kanarienvogel auf den zarten Fingern darstellend, und der andere eine schwarze mit wilder Titusfrisur, durch die sich ein heftig rotes Band schlang, und die intensiv beschäftigt war, auf eine ganz unmögliche Weise Trauben zu verzehren, indem sie den wohlfrisierten Kopf wie ein Akrobat nach rückwärts bog.

(Fortsetzung folgt.)

den in Aussicht gestellten hohen Verdienst zu finden, ihre Sparpfennige opfern, schwer enttäuscht und schließlich dem Verbrechen in die Arme getrieben werden.

Ein Parteijubilar. Genosse Gustav Mewes in Britz steht in diesem Monat auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit zurück. Früher Former, jetzt Lagerhalter im Konsumverein, war er ehemals im 2. Berliner Reichstagswahlkreis 17 Jahre Bezirksführer. Die Trennung von der S. P. D. vollzog auch er, da er überzeugt war, deren Politik nicht mitmachen zu können, und schloß sich der U. S. P. D. an. Der jüngeren Generation ein leuchtendes Beispiel. Ein Glückwunsch dem Jubilar!

Die Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl. Vom Gesamtbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen wird uns geschrieben: „Es ist uns bekannt geworden, daß bei der bevorstehenden Wahl der Magistrat, wie bisher bei allen größeren Wahlen, die Aufstellung der Wählerlisten durch Nebenarbeit der Beamten und Angestellten vornehmen will. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit sollte man endlich von diesem System absehen und eine Anzahl von Arbeitnehmern für diese Arbeit einstellen. Durch Einführung einer Arbeitszeit von 2 Schichten täglich läßt sich sehr gut der bestehende Raummangel lösen. Ebenfalls plant der Magistrat, während der Auslegung der Wählerlisten das dafür erforderliche Personal aus den Kreisen der Beamten und Angestellten zu nehmen, das während dieser Zeit Ueberstunden leisten soll. Auch hier sind wir der Meinung, daß für diese Arbeiten ein großer Teil von Erwerbslosen herangezogen werden kann."

19. Verwaltungsbezirk. Zu einer bewegten Sitzung gestaltete sich die letzte Bezirksversammlung. Lange vor Beginn der Sitzung wurde bekannt, daß die Erwerbslosen in der Versammlung selbst ihre Forderungen bezüglich der Vergebung der Arbeiten an den Siedlungsbauten Pankow, Klausthaler Straße, vorbringen wollten. Dem Dringlichkeitsantrag der V. K. P. D. wurde von allen sozialistischen Parteien zugestimmt, um auf diese Weise den üblen Begleiterscheinungen von vornherein zu begegnen, während die Bürgerlichen der Dringlichkeit widersprachen. Der inzwischen in den Saal getretenen Erwerbslosen bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, so daß es letzten Endes zu einer Vertagung der Sitzung kommen mußte. Bei Wiedereröffnung der Sitzung hatten denn auch die Bürgerlichen ihren Standpunkt geändert, so daß der Antrag nunmehr zur Verhandlung kommen konnte. Es handelte sich im wesentlichen um die Einstellung der bei den Siedlungsbauten benötigten Arbeiter. Trotzdem der für die Arbeiten verpflichtete Unternehmer bei Abschluß des Vertrages auch die Verpflichtung übernommen hatte, den Arbeitsnachweis zu benutzen, konnte jetzt festgestellt werden, daß der Herr Unternehmer Schmidt seine Arbeiter ganz wahllos von der Straße geholt und so die Erbitterung in den Reihen der Erwerbslosen hervorgerufen hatte. Zeigten die Bürgerlichen schon wenig Neigung, auch nur ein Wort der Kritik für den Herrn Schmidt zu finden, so war es geradezu unerhört, wie der Bezirksverordnete Reiher (Kriminalschutzmann) durch allerlei dumme Redensarten die Erregung von neuem bei den Erwerbslosen hervorrief. Ohnmächtig gegen den jetzt entstandenen Lärm, vertagte der Vorsteher von neuem, diese Gelegenheit benutzte der stellvertr. Bürgermeister Dr. Stein, um jetzt die Schupo gegen die Erwerbslosen mobil zu machen. Sofort wurde von unserer Seite gegen eine derartige Maßnahme Einspruch erhoben und die sofortige Zurückziehung der Schupo verlangt. Das Verhalten des stellv. Bürgermeisters wurde von unserem Genossen Buchwitz ins rechte Licht gerückt. Bei Wiedereröffnung der Sitzung wurde dann auch die Erklärung abgegeben, daß die Schupo bereits abgezogen sei. Die Arbeiter des 19. Verwaltungsbezirks werden gut tun, an diese Dinge bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen zu denken, sie haben dafür zu sorgen, daß die Hoffnungen des Bürgertum zuschanden werden!

Muß das sein? Ein Leser schreibt uns: Ich wohne in der Kl. Rosenthaler Straße und beobachte seit Monaten, daß Sonnabends aller von den Mannschaften der Straßenreinigung in den umliegenden Straßen gesammelter Schmutz auf Karren in die Kl. Rosenthaler Straße gefahren wird und hier bis Mittwoch oder Donnerstag als Fliegen-Rendezvous liegen bleibt. Ja, öfters bleibt alles liegen bis zum nächsten Sonnabend, damit sich der Haufen verdoppelt. Es ist unerhört, uns Bewohnern dieser Straße zuzumuten, unsere Kinder zum Spielen in diesen Staub und Schmutz zu schicken. Da sonst die Kl. Rosenthaler Straße eine sehr ruhige Straße ist, wäre gerade diese Straße zum Spielen für Kinder sehr geeignet, aber es gibt Kinderfeinde außer der Straßenreinigungs-Deputation, und dieses sind die vielen Menschen, welche ihre Liebe einem oder mehreren kleinen Vierfüßlern zuwenden. Man kann täglich sehen, daß aus den Nebenstraßen mit Peitsche und Maulkorb bewaffnet in Gefolgschaft ihrer Lieblinge, diese Menschen in die Kl. Rosenthaler Straße ziehen, damit dort, weil die Straße ruhig und ungestört liegt, aller Schmutz der Tiere abgelegt werden kann. Ich nehme an, wenn in aller Oeffentlichkeit mal diese Besitzer von Hunden und die Deputation für Straßenreinigung auf diese für die Bewohner der Kl. Rosenthaler Straße unangenehmen Tatsachen hingewiesen werden, auch eine Aenderung eintritt.

Esperanto-Kundgebung. In der am 26. Juli, abends 7 Uhr, im Bürgersaale des Rathauses stattfindenden Esperanto-Kundgebung wird u. a. Herr W. W. Mann aus London das Thema „Die Notwendigkeit des Esperanto für die gemeinsamen Kulturarbeiten der Völker nach dem Kriege" in deutscher Sprache behandeln. Außerdem werden Esperantisten der verschiedensten Nationen, die sich auf der Durchreise zum Internationalen Esperanto-Kongreß in Prag befinden, das Wort ergreifen. An die Kundgebung schließt sich ein zwangloses Zusammensein im Berliner Ratskeller an. Freunde und Interessenten des Esperanto sind willkommen.

Polizeiliche Schließung der „Wilden Filmbörse". Durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten Richter ist nunmehr die „Wilde Filmbörse" im Café Kolosseum, die vom Interessenverband der Hilfsregisseure ins Leben gerufen war, geschlossen und den Unternehmern die Weiterführung des Betriebes, ebenso wie dem Wirt des Cafés die Hergabe seines Lokals zu diesen Zwecken, unter Androhung polizeilicher Maßnahmen, untersagt worden. Der Polizeipräsident begründet die Verfügung mit dem Hinweis, daß die „Kolosseumbörse" eine gewerbsmäßige Stellenvermittlung darstelle, für die die vorgeschriebene behördliche Genehmigung nicht erteilt worden sei und auch nicht erteilt werden könne. Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Filmindustrie haben ihren Bedarf an Arbeitskräften lediglich in der allein anerkannten städtischen Filmbörse im „Clou" zu decken.

Das Verbrechen in der Pappelallee hat schnelle Aufklärung gefunden. Unter dem dringenden Verdacht, den früheren Schmied Karl Stutzke erstochen zu haben, war, wie mitgeteilt, dessen Schlafbursche, der Schuhmacher Eduard Ninz verhaftet worden. Er bestritt zunächst hartnäckig, die Tat begangen zu haben. Im Laufe des Verhörs, das Kriminalkommissar Gennat mit seinen Beamten gestern den ganzen Tag über mit ihm anstellte, bequemte er sich abends doch endlich zu einem Geständnis. Danach hat sich der Vorfall so abgespielt, wie von den Beamten von vornherein angenommen worden war. Ninz war mit Stutzke, wie schon häufiger zuvor, wegen Geldangelegenheiten in einen Streit geraten, in dessen Verlauf Ninz zum Messer griff und mehrmals auf Stutzke einstach. Geraubt hat er nach seinen Angaben jedoch nichts. Zur restlosen Aufklärung des Verbrechens findet heute nochmals ein Lokaltermin unter Vorführung des Täters statt.

Ein ähnliches Verbrechen hat sich noch in der Rüdersdorfer Straße 57 abgespielt. Dort ist der 47 Jahre alte Stellmacher Hermann Wagner von seinem Flurnachbarn, dem 63 alten Arbeiter Kösling, erwürgt worden. Wie die Feststellungen ergeben haben, hatte Wagner den Kösling in angetrunkenem Zustande in seinem Zimmer aufgesucht. Dort gerieten beide in Streit, in dessen Verlauf dann Kösling den Wagner erwürgte. Der Täter wurde sofort festgenommen, die Leiche zur gerichtsärztlichen Untersuchung beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches

Reichskonferenz der Seeleute

Stäupung Paul Müllers

Zum 19. und 20. Juli hatte der Verbandsvorstand eine Konferenz der Seeleute nach Berlin einberufen, die Stellung zu den jüngsten Vorgängen in der Reichsabteilung und zu einigen anderen wichtigen Fragen nehmen sollte. Kollege Schumann gab ausführlich die Gründe bekannt, die ein ferneres Zusammenarbeiten mit dem ehemaligen Reichsabteilungsleiter Paul Müller unmöglich machten. Die berüchtigte Flaggenrede in der Hamburger Börse sei schließlich nur der langen Kette letztes Glied gewesen. Immer wieder habe der Vorstand eingegriffen, immer wieder bequemte sich Müller zu Versprechungen, den Anordnungen der Verbandsleitung Folge zu leisten und immer wieder wurde der Verband vor fertige Tatsachen gestellt. Systematisch hat Müller die Verbandsleitung über die Bewegung der Seeleute und seine sonstigen Maßnahmen im unklaren gelassen. Erst durch Beschwerden von draußen wurden wir auf Schritte Müllers aufmerksam gemacht, die er dann stets mit einem unendlichen Wortschwall als harmlos oder notwendig rechtfertigte. Im November vorigen Jahres hatten sich die „Entgleisungen" Müllers derart gehäuft, besonders auch seine journalistischen, daß die gesamte Reichsabteilungsleitung nach Berlin geladen wurde. Im Januar fanden dann in Fortsetzung der Novemberzusammenkunft zwei weitere Sitzungen statt, in denen der Vorstand das Verhalten Müllers aufs schärfste rügte. Müller legte daraufhin seinen Posten als Reichsabteilungsleiter nieder. Wenige Tage später nahm er seine Amtsniederlegung zurück und legte dem Hauptvorstand Richtlinien vor, die ein besseres Zusammenarbeiten mit der Reichsabteilung garantierten — wenn Müller Wort gehalten hätte. Seine Flaggenrede war dann keine Entgleisung mehr, sondern der Bruch mit dem, was uns Arbeitern heilig ist. Die Beschimpfung der Revolution, die Beschmutzung der republikanischen Farben, die Verherrlichung der alten Kaiserflagge schafften eine Situation, der ein radikales Ende gemacht werden mußte. Hinzu kam, daß Müller seinen alten Plan, die Seeleute vom Transportarbeiterverband zu lösen, in zwar vorsichtig verschleierter, aber für jeden Kenner der Verhältnisse untrüglicher Art und Weise wieder aufgenommen hatte. Er selbst bezeichnete den Aktionsausschuß seemännischer Verbände, dem wir mit unserer Reichsabteilung Seeleute als Mitglied angehören, als seemännische Spitzenorganisation, deren Vertrauen ihm schwerer wog, als das Mißtrauen des Verbandsvorstandes. Wenn der Verbandsvorstand ihm darin nicht folgen könne, trenne ihn eine unüberbrückbare Kluft von uns. Das wurde ihm bestätigt, mit der Aufforderung, seine Posten niederzulegen. Diese Aufforderung galt auch den übrigen Mitgliedern der Reichsabteilung, da sie sich hinter Müller stellten. Müller entsprach der Forderung und trat (am 1. Juli) gleichzeitig aus dem Verbande aus. Lorenz kündigte sofort sein Vertragsverhältnis mit der Organisation, Lünser einige Tage später. Der unorganisierte Müller betätigte sich am 2. Juli noch als Vertreter unserer Organisation im Aktionsausschuß und hat inzwischen noch ein Mitteilungsblatt herausgegeben, in dem die reaktionären Reichstagsabgeordneten über den grünen Klee gelobt, indes die sozialistischen Vertreter in gröbster Weise beschimpft werden.

Mit Ausnahme der drei geladenen Mitglieder der bisherigen Reichsabteilung, Lorenz, Lünser und Hirsch, verurteilten sämtliche Redner die Handlungsweise des früheren Abteilungsleiters. Immer größer wurde das gegen Müller sprechende Material. Vorgänge, von denen die Verbandsleitung nicht das geringste erfahren hatte, wurden jetzt offenbart. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 19. und 20. Juli 1921 in Berlin tagende Seemannskonferenz nimmt Kenntnis von dem organisationsschädigenden Verhalten des bisherigen Leiters der Reichsabteilung Paul Müller, insbesondere von seinem Auftreten in der Flaggenfrage, und verurteilt diese Handlungsweise auf das schärfste.

Gleichzeitig gibt die Konferenz ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Mitglieder der Reichsabteilungsleitung das Verhalten Müllers nicht nur gebilligt und unterstützt, sondern sich auch mit seiner, die Gefühle der organisierten Arbeiterschaft aufs tiefste verletzenden Rede ausdrücklich einverstanden erklärt haben.

Die Konferenz verurteilt auch dieses Verhalten auf das allerentschiedenste und erklärt sich folgedessen mit den vom Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen einverstanden."

Da das vierte Mitglied der Abteilungsleitung von Müllers Rede abrückte und auch sein sonstiges Verhalten nicht billigte, wurden den Kollegen Lorenz, Lünser und Hirsch aufgegeben, sich schriftlich oder mündlich zu erklären, ob sie die Beschimpfungen der Revolution usw. durch Müller billigen, indem Kollege Schumann auf die Ausschlußanträge gegen Müller aufmerksam machte, die auch für die drei Kollegen Konsequenzen haben könnten. Eine zufriedenstellende Antwort erfolgte noch nicht. Die Konferenz beschloß, den Verbandsvorstand zu ersuchen, die Ausschlußanträge gegen Müller wie gegen jedes andere Mitglied zu behandeln. Es soll vermieden werden, daß Müller in eine andere Organisation übertritt (was bereits geschehen sein soll) und vielleicht gar auf diesem Umwege im Aktionsausschuß aufs neue seine verderbliche Arbeit aufnehmen kann. Am Aktionsausschuß soll festgehalten werden, doch kann er nicht als Spitzenorganisation in Frage kommen. Behält Müller einen direkten oder indirekten Einfluß auf den Ausschuß, so ziehen wir die Konsequenzen. In allen Körperschaften, in denen Müller als unser Vertreter saß, wird er durch andere Kollegen ersetzt werden.

Die Konferenz sprach sich weiter für die sinngemäße Uebertragung des Betriebsrätegesetzes auf die Schiffahrt aus. In der Frage der Revision der Seemannsordnung werden wir weiter mit dem von der Regierung beauftragten paritätisch zusammengesetzten Seeschiffahrts-Ausschuß zusammenarbeiten, doch müssen wir uns das Recht vorbehalten, mit unseren Forderungen direkt an die gesetzgebenden Körperschaften heranzutreten.

Als Abteilungsleiter wurde einstimmig Kollege Fr. Köhler-Hamburg gewählt. Die Posten eines Sekretärs und eines Redakteurs für die „Schiffahrt" wurden ausgeschrieben. Der Sitz der Abteilung bleibt in Hamburg.

Mit einem anfeuernden Wort des Kollegen Schumann, nichts unversucht zu lassen, Schäden von der Organisation abzuwehren, wurde die Konferenz geschlossen.

Zum Streik der Kontobuch-Arbeiterschaft

Der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen fühlt sich bemüßigt, uns folgende Einsendung zuzuschicken:

„In der Beilage zur Morgenausgabe der „Freiheit" vom 22. Juli 1921 wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Unternehmer in keinem festen Tarifverhältnis mit der Buchbinder-Gewerkschaft stehen.

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß am 17. Juni 1921 in Weimar der auch für die zur Zeit streikenden Arbeiter der Kontobuch-Branche verbindliche Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige neu abgeschlossen worden ist, der die Lohnverhältnisse für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. regelt. Vertragspartei dieses Reichstarifvertrages ist auf Arbeitgeberseite u. a. der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe „Geschäftsbücher-, Notizbücher-, Schreibhefte- und Zeichenlernmittel-Fabrikation und verwandte Betriebe", welcher die vom Streik betroffenen Berliner Geschäftsbücherfabriken angehören, auf Arbeitnehmerseite der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, der durch seinen 1. Vorsitzenden, Herrn Haueisen, den Vertrag unterschriftlich vollzogen hat. Dieser Tarifvertrag ist auch für Berlin ohne weiteres verbindlich, und es besteht somit ein festes Tarifverhältnis mit der Buchbinder-Gewerkschaft. Die Arbeitsniederlegung in den Berliner Geschäftsbücherfabriken bedeutet daher einen Bruch dieses Tarifvertrages."

Wir haben uns von dem Reichstarifverhältnis, in welchem der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen mit dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter steht, überzeugt und sind allerdings mit der Arbeitnehmerorganisation zu der Ueberzeugung gekommen, daß von einem festen Reichstarifverhältnis mit dieser Gruppe nach Lage und Art der Bestimmungen dieses Vertrages keine Rede sein kann und demzufolge auch nicht von einem Bruch des Reichstarifvertrages. Jeden, der nur einigermaßen eine Ahnung von tariflichen Abschlüssen hat, wird die Nachricht des „Api" daher nicht beirren!

Streik der Handelshilfsarbeiter im Textilgroßhandel

Auf Grund des Ultimatums fanden am Sonnabend nachmittag mit dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels noch Verhandlungen statt. Das Angebot der Arbeitgeber wurde von der am Sonntag vormittag stattgefundenen Versammlung einmütig abgelehnt und beschlossen, für die bekannten Mindestforderungen in den Streik zu treten. Fast einmütig wurde am Montag früh die Arbeit niedergelegt, so daß anfangs im gesamten Textilgroßhandel die Arbeit fast vollständig ruhte. Im Laufe des Vormittags haben zirka 80 Firmen die Mindestforderungen der Arbeiterschaft teils unterschriftlich, teils ehrenwörtlich anerkannt.

Der Streik steht gut, es heißt, auszuhalten, um die berechtigten und bescheidenen Forderungen durchzusetzen. Alle Vorkommnisse usw. sind umgehend der Zentralstreikleitung, im Lokal von Karl Witte, Posstr. 29, Tel. Amt Zentrum 15016, zu melden. Die übrige Arbeitnehmerschaft, insbesondere die Handlungsgehilfen, haben ihre Solidarität stets zum Ausdruck gebracht.

Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, Mitarbeiter, übt Solidarität!

Der Kampf der Handelshilfsarbeiter ist der Eure, niemand verrichte die Arbeit der Handelshilfsarbeiter!

Funktionäre der chemischen Industrie!

Am Mittwoch, den 27. d. M., abends 7 Uhr, findet in den „Musiker-Sälen", Börsensaal, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine Funktionärversammlung der Angestellten der chemischen Industrie statt.

Tagesordnung: 1. Kündigen wir den Tarifvertrag oder nicht? 2. Beschlußfassung. Referenten: Jungblut vom Zentralverband der Angestellten, Markward vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, Reinsberg vom Deutschen Werkmeisterverband.

Mitgliedsbücher eines Afa-Verbandes legitimieren.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendbewegung

Die Tagesordnung der am 19. und 20. August in Kassel stattfindenden Konferenz ist nunmehr folgendermaßen festgesetzt: 1. Stand der gewerkschaftlichen Jugendbewegung (Ber. G. Pietsch, Eisenbahnerverband). 2. Die Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung (Ber. W. Maschke, Angestelltenverband). 3. Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen (Ber. A. Meißner, Metallarbeiterverband). 3. Bildungsfragen (Ber. Dr. Loewenberg, Angestelltenverband). 4. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendzentralen; das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung (Ber. Siegle, Berl. Gewerkschaftskommission).

Wünsche wegen Zimmerbesorgung wolle man rechtzeitig an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kassel, Spohrstraße 6, richten.

U. S. P.-Gewerkschaftsfunktionäre, Kartelldelegierte und Betriebsobleute Spandaus. Am Mittwoch, den 27. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Restaurant Werther, Spandau, Bismarckstraße 59, eine wichtige Sitzung statt. Jeder der genannten Funktionäre muß bestimmt zur Stelle sein.

Bez.-Verb. Berlin-Brandenburg. J. A.: A. Holz.

Jugendbewegung

S. P. J.-Moabit. Achtung! Programmänderung. Dienstag, 26. Juli, Spielpartie Jungsternheide. Treffpunkt ½7 Uhr, Bahnhof Beusselstraße. Freitag, 29. Juli, Vortrag bei A. Krüger, Putlitzstr. 10, 7 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Wir ersuchen die Distrikte, die Plakate für die am Sonntag im Lustgarten stattfindende Demonstration umgehend vom Verbandsbureau abzuholen.

Jeder Distrikt hat zehn Ordner zu stellen. Dieselben treffen sich am Sonntag vormittag 9½ Uhr in der Breite Str. 8-9. Armbinden sind mitzubringen.

Die Distriktsleitungen werden gebeten, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Aufmarsch wirkungsvoll zu gestalten.

Die Geschäftsleitung.
Hermann Müller.

Dienstag, 26. Juli.

18. Distrikt (Kreuzberg). Die Genossen werden ersucht, sich an der heute nachmittag ½5 Uhr stattfindenden Einäscherung unseres früheren langjährigen Distriktsführers, des Genossen Willi Arnold, zege zu beteiligen. Treffpunkt: Krematorium, Baumschulenweg.

Cöpenick. Die Funktionäre von Cöpenick werden ersucht, am Dienstag zwecks Einladungen beim Genossen Lehmann, Dorotheenstr. 12, um ½8 Uhr zu erscheinen.

Mittwoch, 27. Juli

13. Verwaltungsbezirk, Distrikt Treptow. Abends 7½ Uhr Distriktsgeneralversammlung, Schulaula, Niederschöneweide, Berliner Straße. Tagesordnung: Bericht aus der Bezirksversammlung und vom Bezirksamt. Zahlreiches Erscheinen erwartet die Distriktsleitung.

17. Verwaltungsbezirk. Die Sitzung der kommunalen Kommission findet nicht am Donnerstag, sondern Mittwoch, den 27. Juli, statt.

U. S. P.-Kriegsopfer des 17. Verwaltungsbez. (Lichtenberg) werden zu einer Besprechung nach Lichtenberg, Scharnweberstraße, Ecke Müggelstraße, bei Radtke, eingeladen. Eintritt nur gegen Parteiausweis.

9. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Kroll, Utrechter Str. 21. Auch die Genossen, die im Kreise Templin bei der Wahl tätig waren, werden gebeten, zu erscheinen.

16. Distrikt (früher 7.). Ausflug, Mittwoch, den 27. Juli nach Sedemin, Sanssouci. Treffpunkt, vormittags 9 Uhr, Küstriner Platz, Normaluhr. Nachzügler direkt Sanssouci.

18. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Alte Jakobstr. 127. Vortrag über Miets- und Steuerfragen. Verschiedenes.

Distrikt Spandau. Abends 7½ Uhr wichtige Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre im Restaurant Werther, Bismarckstr. 59.

Cöpenick. Abends 8 Uhr für die Süd- und Altstadt bei Nettig, Mittelheimerstr. 36, Vortrag des Genossen Seger über „Einigung des Proletariats".

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr im Volkshaus Funktionär-Sitzung. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl.

Schmargendorf, Grunewald. 7½ Uhr Extrazahlabend im Franzensbader Garten.

Vereinskalender

Dienstag, 26. Juli

Zentralverband der Angestellten. Baugewerbe. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66-67.

Mittwoch, 27. Juli

Zentralverband der Angestellten. Warenhäuser. 7 Uhr Jugendversammlung bei Firma A. Wertheim in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Geschäftliches

Die Kleiderwerke Boer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in Berlin, Chausseestraße 29-30, veröffentlichen in der heutigen Ankündigung: „Besonders günstige Angebote, gültig bis Montag, den 1. August." Die Firma bittet uns, davon Vermerk zu nehmen, daß alle ihre Angebote freibleibend sind und sie nicht verpflichtet ist, solche Sachen, die ihrer Billigkeit wegen rasch vergriffen sind, liefern zu müssen. Der Verkauf billiger Artikelangen findet nach wie vor in der Morgenstunde statt. Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Mahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 54.